

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 Mal und ist durch die Expedition, Neue Straßenseite 8/8, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.90, wo keine Post am Orte, M. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühr beträgt für die einjährige Abonnementsdauer 40 Mark. Zusätzliche Einlage 40 Pf. Sonntagsblätter unter Zugl. 1 M. 10 Pf. Inland für Arbeitsmarkt 15 Pf. Ausland für 25 Pf. Vereins- u. Veranlagungs-Anzeigen 15 Pfennige. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 67.

Breslau, Mittwoch, den 20. März 1912.

23. Jahrgang.

Wermuths Abschied.

Der Rücktritt des Reichsfinanzsekretärs hat in allen Parteien einen förmlichen Aufruhr hervorgerufen. Allgemein ist das Bedauern über seinen Rücktritt. Nicht nur die linksstehende Presse, auch Blätter wie die „Post“ stellen ihn an die Seite von Vindequist, der bekanntlich auch dem Reichskanzler nicht geschmeichelt genug war. Die Erregung steigert sich, je mehr sich herausstellt, daß Wermuth ein Opfer des Zentrums geworden ist, das jetzt anscheinend auf der ganzen Linie gesteckt hat. Die Phrase in der offiziellen Regierungserklärung, daß die Regierung nicht alle Spaltungen aufs neue aufreißt, die die Parteien vielfach zusammen habe, ist Zentrumsdiktum, das man schon in Wahlszeiten aus Zentrumsblättern häufig hören konnte. Die gegenwärtige Situation wird am besten illustriert durch den folgenden Substrat der „Germania“:

„Der bayerische Ministerpräsident, Hr. v. Hertling, ist für Sonntag vom Kaiser zum Frühstück geladen. Zur Rückkehr nach München ist ihm ein Salonwagen zur Verfügung gestellt worden.“

Die „Germania“ hat Ursache zu frohlocken, das Zentrum ist wirklich oben auf und kann beanspruchen, vom Kaiser mit dem nötigen Respekt behandelt und im Extralohnwagen gefahren zu werden. Man hat nicht gewagt, das Zentrum mit der Erbschaftsteuer zu „brüskieren“, und man hat sich auch die Erzberger'schen Rechenkunststücke zu eigen gemacht, die die Möglichkeit der Deckung der neuen Wehrvorlage aus den laufenden Einnahmen nachzuweisen suchten, und weil Wermuth diese Kapitulation Bethmann-Hollwegs vor den allmächtigen schwarzen Herren nicht mitmachte, deswegen mußte er verschwinden. In dem offiziellen Nachruf der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ für Wermuth wird diesem nachgesagt, „daß er von Beginn seiner Amtsführung mit Energie dafür eingetreten sei, daß keine neuen Ausgaben ohne hinreichende Deckung bleiben dürfen“, und das offiziöse Geschwafel fügt hinzu: „Dieses Prinzip ist auch in der Vespere des Reichskanzlers mit den einzelstaatlichen Ministern voll anerkannt worden und wird auch gegenüber den neuen Wehrkosten zur Anwendung kommen.“ Mit Recht sagt dazu die „Post“:

„Ja, wenn das wirklich der Fall ist, weshalb ist denn dann der Reichsfinanzsekretär überhaupt aus seinem Amte geschieden? Glaubst man wirklich, mit solchen Reden der Despektierlichkeit Sand in die Augen streuen zu können.“

Die „Tägliche Rundschau“ und selbst die „Germania“ verraten mehr über die wahren Gründe des Wermuth'schen Abschieds. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt:

„Allerdings hat sich Wermuth am Donnerstag mit der ihm eigenen Energie gegen die Vorschläge des Zentrums ausgesprochen und sich auch gegenüber dem bayerischen Antrag, die „Liebesgabe“ zu besitzeln, ablehnend verhalten, da er in diesem Vorschlag einen Vorläufer des Spiritusmonopols sieht, das er für das Reich, vom finanziellen Gesichtspunkte, als nicht empfehlenswert betrachtet. Wermuth wies erneut darauf hin, daß nur eine Verbrauchssteuer eine sichere Gewähr für die Deckung der Wehrvorlagen biete, da die Befestigung der „Liebesgabe“ voraussichtlich einen Konsumrückgang und daher geringere Steuererträge erzeuhen wird. Den letzten Anlaß und Anstoß zu Wermuth's Rücktritt hat aber der Wunsch und Vorbesitz des Zentrums, auf seine Kosten in den Voranschlägen des Staatswillkürlich zu erhöhen, nicht mit genügender Deutlichkeit beirat und dem entschiedenen Wunsch des Finanzsekretärs, eine bundesrätliche Rundgebung gegen die Zentrumsvorschlüge zu erlangen, nicht Folge leistete.“

Wahrscheinliche Mitteilungen macht auch die „Germania“:

„Zunehmend ist zwischen den persönlichen Wünschen oder finanziellen Anschauungen des Reichsfinanzsekretärs und den Beschlüssen der Ministerkonferenz eine derartige Differenz zutage getreten, daß Herr Wermuth geglaubt hat, deshalb nicht länger im Amte bleiben zu können. Näheres darüber wird man wohl bald aus der Person Wermuth's besonders besprochenen Presse erfahren. Die Stellung des Reichsfinanzsekretärs Wermuth galt übrigens schon vor der Ministerkonferenz als erschüttert, zumal nachdem der Reichskanzler seinen Vorstoß in der Erbschaftsteuerfrage im Reichstage abgelehnt hatte.“

Richtig ist allerdings, daß das Zentrum schon lange im Kesselstreben gegen Wermuth in den Gang brachte und es spricht nur von dem Machtbewußtsein des Zentrums, wenn es daraufhin schon seine Stellung als erschüttert erklärt. Wenn nur das Zentrum diesmal den Vogen nicht überparnt hat. Die gesamte Presse von rechts und links ist darüber einig, daß das Ausschleiden Wermuth's die Situation nur verschlechtert und die Vertwürfungen auf den Gipfel gebracht hat.

Daß der Antrag aus der Liebesgabe nicht zur Deckung der Wehrvorlage ausreicht, darüber ist man sich von vornherein klar. Das sind im Höchstfalle 40 Millionen Mark und nicht mit Unrecht wird auch darauf hingewiesen, daß unter Umständen mit einem Konsumrückgang zu rechnen ist, der diesen Betrag noch herabdrückt. Es entsteht nun die Frage, woher die weiteren Summen genommen werden sollen. Die „National-Zeitung“ teilt mit, daß in parlamentarischen Kreisen angeregt worden sei, die Erbschaftsteuer durch einen Zinsanleihevertrag im Reichstage zur Diskussion und Abstimmung zu bringen, um der Regierung zu beweisen, daß ihre Zurückhaltung weber. Die Zustimmung der Anhänger der Erbschaftsteuer findet, noch

den Wünschen der Mehrheit des Volkes entspricht, das nach wie vor in dieser Steuer den besten Weg sehe, dem Reiche dauernde und sichere Einnahmen zu schaffen. Geseht den Fall aber, wenn dieser Plan verwirklicht würde und die Erbschaftsteuer Annahme fände, was dann? Würde die Regierung eine Steuer, die ihr vom Reichstage entgegengebracht wird, ablehnen, nur, um dem Zentrum und den Konservativen gefällig zu sein? Man steht, die Vertwürfung ist nicht gering, ganz abgesehen von der Stimmung, die in den linksstehenden Parteien über die Unterwerfung Bethmann-Hollwegs unter die Zentrumshegemonie, ausgelöst wurde. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schließt in einem Artikel, der überschrieben ist „Von Stufe zu Stufe“, mit folgenden, für Bethmann-Hollweg nicht sehr schmeichelhaften Worten:

„Dieses Regime wurde immer „homogener“, aber nur dadurch, daß die Männer von staatsmännischem Können und von persönlichem Rückgrat, die Dernburg, Vindequist und jetzt Herr Wermuth ihm den Rücken kehrten oder unter solchen Begleiterscheinungen zum Gehen gezwungen wurden, welche das Interesse des Ministeriums Bethmann zu mehren, am wenigsten geeignet waren. Noch am 16. Februar, genau vor 4 Wochen, hat der Herr Reichskanzler den Zentrumsabgeordneten Speid mit scharfen Worten zurückgewiesen, als dieser die etwaige Wiedererbringung der Erbschaftsteuer vorlag eine „Brüskierung“ seiner Partei nennen zu sollen glaubte. „Das ist!“ — so sagte Herr v. Bethmann damals — „ein sehr hartes Wort, hinter dem sich Machtansprüche verbergen, die ich nicht anerkennen kann.“ Und heute? Stufe um Stufe! Heute sind die Machtansprüche nicht nur durch den Verzicht auf die Erbschaftsteuer anerkannt, sie sind in einem Umfange bewilligt worden, der einer völligen Unterwerfung der Regierungsgewalt unter den sterilen Willen gleichkommt. Die Herren v. Hertling und Erzberger sind auf der ganzen Linie gegen Herrn v. Bethmann Steger geblieben, jedoch die nationale Öffentlichkeit an den Herrn Reichskanzler nicht den bringenden Wunsch, nein: die energische Forderung richten muß, um-zulehren, ehe es zu spät ist!“

Im „Lokal-Anzeiger“ (Sonntag-Morgenblatt) wird übrigens eine Verteidigung Bethmann's gegen die hageledicht fallenden Angriffe versucht. Das Scherblatt läßt sich wie folgt von Bethmann oder vielleicht auch von Wermuth's Nachfolger schreiben:

„Der Gedanke lag nahe, gerade diesen Weg einzuschlagen. Es handelt sich bei dem Plan, die den Brennern gewährten Konzessionsprivilegien aufzugeben, um eine alte Forderung der linksstehenden Parteien. Diese Stellungnahme der Liberalen konnte natürlich für sich allein noch nicht bewirken, daß auch der Bundesrat sich mit der Frage ernstlich befaßte. Dies konnte erst geschehen, nachdem man sich vergewissert hatte, daß auch auf konservativer Seite Stimmung für die Opferung der „Liebesgabe“ vorhanden war. Infolgedessen wurde Fühlung mit der konservativen Fraktion genommen, und da ergab sich, daß auf Grund der Erklärungen, die die norddeutschen Brenner abgaben, hier kein Wert mehr auf ein Fortbestehen des Konzessionsprivilegiums gelegt wurde. Die Einkünfte, die die Reichsregierung sich von deren Befestigung verspricht, werden auf 30 bis 40 Millionen Mark jährlich veranschlagt. — Wie wir weiter mitteilen können, sollen die süddeutschen Brennerien für den Ausfall, den sie durch die volle Verbrauchsabgabe auf den Kontingentsspiritus erleiden, in einer noch zu verarbeitenden Weise entschädigt werden.“

In mehreren Blättern begegnen wir der Ansicht, daß die Befestigung der „Liebesgabe“ im Verhältnis zu den neu aufzubringenden Mitteln nur einen verschwindenden Betrag darstellen würde. Dabei wird als durch neue Steuern aufzubringen eine viel zu hohe Summe in einzelnen Blättern sogar ein Betrag von 170 bis 180 Millionen, genannt. Wir möchten daran erinnern, daß auch bisher nicht daran gedacht worden ist, die Reusforderungen völlig durch neue Steuern zu decken. Der durch neu aufzubringende Mittel zu deckende Betrag reicht auch nach den früheren Berechnungen nicht annähernd an die genannte Ziffer heran. Die durch Erweitern der Erbschaftsteuer aufzubringende Summe würde sich nach dem Maßstab der Pläne von 1909 auf etwa 50 Millionen belaufen haben. Aus der Befestigung der „Liebesgabe“ würden bis zu 40 Millionen zu erwarten sein. Der Unterschied ist also keineswegs erheblich. Aufgabe der Ministerbesprechung war es, sich darüber schlüssig zu werden, welcher Teil der neuen Ausgaben durch Erbschaftsteuer neuer Einnahmequellen zu decken sein würde. Die Höhe dieser Summe ist unter völliger Wahrung der bisherigen Grundsätze der Reichsfinanzverwaltung festgestellt worden.“

Die Behauptung, daß bisher nicht daran gedacht worden sei, die Reusforderungen völlig durch neue Steuern zu decken, ist eine glatte Unwahrheit. Alle Erörterungen sind vielmehr von dieser Voraussetzung ausgegangen. Nur das Zentrum nahm bekanntlich einen anderen Standpunkt ein.

Es ist natürlich auch dreister Humbug, davon zu reden, daß mit der Befestigung der Liebesgabe der Landwirtschaft irgendein Opfer auferlegt wird. Das könnte höchstens bezüglich der Branntweindrenner behauptet werden. Zutreffend wäre aber auch das nicht, denn die Schnapsbrenner haben gegenwärtig an der Aufrechterhaltung der Liebesgabe gar kein dringendes Interesse mehr. Sie haben die Spirituszentrale geschlossen, die sich allmählich zu einer privaten Spiritus-Monopolanstalt entwickelt hat. Fast die ganze Spiritusproduktion gelangt durch die Spirituszentrale in den Handel. Die paar Kupensitzer kommen weiter nicht in Betracht. Dadurch hat es die Zentrale, der ein Gericht bereits attestiert hat, daß sie mit völlig nicht einwandfreien Mitteln auf die Abnehmer von Spiritus drückt, völlig in der Hand, den Preis für Spiritus zu bestimmen. Fällt nun die Liebesgabe, dann wird einfach der Preis gesteigert und die Schnapsbrenner hüben, gantichts, etc.

Betroffen werden nur die Verbraucher, die den höheren Preis zu entrichten haben, und dergestalt bedeutet allerdings die Aufhebung der „Liebesgabe“ eine Erhöhung der indirekten Belastung um einen Betrag von annähernd 40 Millionen Mark pro Jahr.

Daß die agrarischen Schnapsbrenner sich nach einem Spiritusmonopol sehnen, das ist zu verstehen. Der Staat muß ihnen dann entweder einen entsprechenden Preis für den von ihnen erzeugten Spiritus bezahlen oder er muß ihnen die Brennereien abkaufen. Daß die Agrarier dabei ihren Schnitt machen würden, dafür bürgt ihre Geschäftsrichtigkeit. Natürlich müßte der Staat dann auch gleich die Spiritus-Zentrale mit übernehmen und das wäre auch nicht billig. In der Spitze der Spirituszentrale steht der konservative Reichstagsabgeordnete Kreth gegen ein Jahresgehalt von 50.000 Mark. Dieses Gehalt könnte der Staat auf keinen Fall weiterzahlen, jedoch Herr Kreth abgefunden werden müßte. Daß er dabei glänzend abschneiden würde, ist wiederum klar. Die Agrarier verstehen es meisterhaft, bei allen Maßnahmen der Regierung Vorteil einzubeimsen, sie hüben auch mit der Aufhebung der Liebesgabe nichts ein.

Politische Uebersicht.

An den Gräbern der Märzgefallenen von 1848.

Zum stillen Friedrichshain im Osten Berlins, in dem in einem Winkel die Opfer der Revolution von 1848 ein Ruheplätzchen, aber noch immer kein Denkmal von Stein fanden, zogen am diesjährigen achtzehnten März wieder viele Tausende von Proletariern und Proletarierinnen, um ihre Vorkämpfer der Freiheit zu ehren. Schon von morgens sieben Uhr an, als noch die Dächer mit Reif belegt waren, bewegte sich ein starker Menschenstrom nach dem kleinen Hügel, den ein goldener Sonnenschein überflutete. Das übliche Polizeiaufgebot fehlte nicht, doch führte es in keiner Weise die Friedhofstraße, sondern sorgte ohne Aufregung für einen guten Zugang der Massen, die sich in geordnetem Zuge nach den Gräbern bewegten. Der lange Zug auf dem Wege zum Friedhof rückte von Zeit zu Zeit nur um wenige Schritte vor, und so harrten die Neuankommenden etwa eine halbe Stunde, ehe sie bis vor das einfache Stadtor des schmucklosen Friedhofes vordrängten.

Unaufhörlich rollten die Kranzdeputationen in Automobilen und Droschken vor und in kurzer Zeit war die von den Behörden so vernachlässigte Ruhestätte der Freiheitskämpfer, die nur von Epheu überwachsen ist, in einen Blumenhain verwandelt. Der einzige Gang über den Friedhof, zu dessen beiden Seiten die Niesentränge aufgehängt waren, glich einer Via triumphalis, durch die die Mitkämpfer für Freiheit, Gleichheit und Recht in ernster Erinnerung an die Märztage langsam schritten. Bis gegen Mittag waren etwa 250 prachtvolle Kränze mit Widmungen niedergelegt, davon etwa ein Dutzend mit schwarz-rot-goldenen Schleifen, von demokratischen und Hirsch-Dunder'schen Vereinigungen stammend, und ein weiteres Dutzend mit schwarzen Schleifen, von anarchistischen Korporationen. Die übrigen Kränze waren mit großen roten Schleifen versehen.

Die Polizeijur wurde wieder von einem Polizeileutnant ausgeübt, der griesgrämig in den jungen Märztag blickte, offenbar aber weniger kritisch veranlagt war, als an früheren Märztagen. Manche Schleife wurde diesmal unbeaufsichtigt gelassen, die nach den gemachten Erfahrungen in früheren Jahren vielleicht der Polizeicheere verfallen wäre. Keine Gnade fanden vor dem Zensur bis gegen Mittag die Kuffschiffen von fünf Schleifen. So nahm er eine Schleife mit folgender Aufschrift fort: „Gewidmet von der Reichsaktion der organisierten Eisenbahner, Mitgliedschaft Groß-Berlin“. Ein kleiner Zettel an dieser Schleife gab eine Zeitlang Kunde von dem hier verübten Attentat, bis er auch der Konfiskation verfiel. In die große Tasche des Polizeileutnants verschwand auch die Schleife mit folgenden Aufschriften:

„Wohlan, es naht die Stunde des Gerichts,
Schon wanken eure Burgen, eure Tore,
Und ättern lauscht das Ohr des Bösewichts
Dem dumpfen Schritt der Massenbataillone.“

Dann:
„O 18. März, in diesen Tagen,
Wo unsere Herzen höher schlagen,
Wo über Gräbern der Sonnenschein;
Da wollen auch wir uns heilig geloben:
Nieder mit den Tyrannen von oben.“

Ferner:
„In Euren Bajonetten lebt aller Zeiten Fluch,
Wir tragen keine Ketten, trägt Ihr nicht buntes Tuch;
Durch Euch sind wir verriet, durch Euch verkauft allein.
Wann stellt Ihr, o Soldaten, die Arbeit endlich ein?“

Einen bedenklichen Gesichtsausdruck des Zensors lösten folgende Widmungen aus, die jedoch passieren konnten:

„Blut, was ist Blut? Ein warmer, roter Saft;
Der Quell des Lebens und der Born der Kraft,
Jedoch das Blut, das für die Freiheit fließt,
Das ist der Dünge, drauß die Freiheit spritzt.“

Weiter:
„Die wollen uns knebeln mit roher Gewalt,
Und uns binden mit Normen und Ketten.“

Loch kann sie die Wille in jeder Gestalt
Vor ihrem Verstande nicht stellen.
Wir kämpfen von jeder, wir kämpfen fortan
Und würden sie zehnmal uns nieder,
Aufsprünge wir wieder und orefen sie an —
Und wieder und wieder und wieder."

Unbeantstandet blieben auch folgende Schleifenaufschriften:
„Verleugnet von euren Epigonen, verlästert von bösslichen Narren,
In treuer Dankbarkeit geehrt von den Soldaten der sozialen
Revolution,
Weist ihr Toten der 1848er Revolution die Unsterblichen."
Manche andere Schleife trug passende Inschriften. Auf
einer stand:
„Trotz Junferbrut und Söldnermechte
Kämpften wir uns Menschenrechte!"

Eine Schleife war den „Papiernen Märzgefallenen als
Opfer königlichen Hochmuts und der preussischen Soldateska“
gewidmet. In einigen Widmungen waren die Erfolge bei
der letzten Reichstagswahl erwähnt. So lautete eine Wid-
mung:

„Anno 1848 waren wir nicht zu seh'n;
Heute sind wir unserer 110!"

Die Taubstummen widmeten den Toten im Frie-
driehshain folgende Worte:

„Wir Taubstummen können nicht hören der Freiheit gewaltiges Lied,
Doch tönt uns im Herzen die Weise von Freiheit, Glück und Sieg.“

Den Helben der Revolution widmet die Redaktion des
„Vorwärts“ die Worte:

„Lewer duad is Sloan!"

So war der 18. März in Berlin wieder eine mächtige
Demonstration für die Freiheit. Und den vielen Tausenden,
die in geräuschtem Schritt an den Gräbern im Friedrichs-
hain vorbeizogen, waren die Worte aus dem Herzen ge-
sprochen:

„Kein Himmel kann das Heil uns senden;
Es fällt aus seines Gottes Schoß.
Die Menschheit muß mit eignen Händen,
Erhalten sich ein besseres Loß.“

Oder:

„Ihr bleibt uns unvergessen, wie auch die Zeit entschwind,
Im Geise dankbar preisen wir Euch die Bruderhand.“

Wie ein Bekenntnis des Proletariats prangten auf
einer Schleife am Ausgang des Friedhofes:

„Wir wanden und wir weichen nicht, bis das das Werk vollbracht,
Bis das vom Volk gewonnen ist die letzte Freiheitschlacht.“

Die Bergarbeiterfrage im Landtage.

Das war ein Tag im Dreiklassenhaufe, der geistige
Montag! Stroffer, Redlich, Friedberg und
der ärztliche Kumpel Rombusch sprachen hintereinander
über den Bergarbeiterstreik. Da bekanntlich jeder Preuze
das Recht hat, seine Meinung frei zu äußern, und alle
Preuzen vor dem Gesetz gleich sind, werden wir uns
schon hüten, diese Reden so zu nennen, wie sie jeder zur
inneren Freiheit gelangte deutsche Arbeiter nennen wird.
Das hagelte nur so auf die größte deutsche Bergarbeiter-
Organisation herunter, und wenn Worte Schrapnells wären,
wahrlich der deutsche Bergarbeiterverband hätte am Mon-
tag, den 18. März, 1/2 5 Uhr nachmittags, den letzten
Seufzer ausgehaucht. Nämlich zur selben Stunde, als dem
Gehege der Bühne Sr. Erzlehnz des Königlich preussischen
Ministers des Innern, Herrn v. Dallwitz, der letzte
Jaktation entfiel. Eine Debatte, die im Dreiklassenhaufe
über den Ruhrstreik geführt wird, mit Stroffer beginnt
und mit Dallwitz aufhört, ist schon genug gekennzeichnet
durch diese Rednerliste und alles, was man weiter dar-
über sagen wollte, wäre von Uebel. So bleibt nur die
Feststellung, daß der Volksparteiler Pachnide einen
immerhin, an dem „Liberalismus“ eines Friedberg
gemessen, anerkennenswerten Mangel an Gewerkschafts-
feindschaft aufwies. Freilich, nicht jeder Fortschrittliche
versteht es so gut wie Herrscher, die Hirsch-Dunderschen der
freigewerkschaftlichen Idee geneigt zu machen.

Die Sitzung, der morgen erst die Debatte folgen wird,
war recht bewegt. Genosse Liebknecht erhielt drei

Vronungsruhe und den Wink mit dem Polizeiknüppel, auch
Genosse Borchart sorgte dafür, daß keine Abfah-
störung an Ordnungsrufen eintrete. Herr Dallwitz
freilich konnte ungeniert, nur durch die Zurufe unserer Ge-
noffen beruhigt, sogar von Bombenattentaten im Ruhr-
revier sprechen, und er konnte es sich leisten, die volle
Schale seines Jorns über den Genossen Sachse nach dem
Königsplatz hinüber auszugießen.

Die Agrarier drohen mit Prügel.

Der „Deutschen Tageszeitung“ genügt es noch nicht,
daß die Sozialdemokraten im preussischen Abgeordnetenhaufe
mit Hilfe der Geschäftsordnung vergewaltigt wurden, auch
der gegen die Widerleslichen in Bereitschaft gehaltene Polizei-
leutnant bietet ihr noch keine ausreichende Garantien. Wenn
es nach ihr ginge, würden die Konservativen zur Selbsthilfe
greifen. Der Zwischenruf „Insaame Heuchler“, mit der der
Genosse Liebknecht seiner tiefen Erregung über die Rede des
Freiherrn v. Redlich Luft machte, läßt das Agrarierblatt alle
Vorfricht vergessen und schreiben:

Der Mann der leisenden Schimpfworte glaubt sich eben
absolut körperlich sicher in diesen Räumen. Daß es so
manchem der empört aufspringenden Landboten in den
Händen zuckt, kann man trotz aller heiligen Gesetze des
Parlaments wohl nachfühlen.

Wenn in einem sozialdemokratischen Blatt ähnliches
stände, dann dürften wir uns auf mindestens ein Viertel
Tugend Sonntagspredigten des dicken Dertel über die Ver-
rohung des sozialdemokratischen Tones gefast machen. Bei
einem Agrarier aber gilt es als selbstverständlich, daß er
sein stärkstes und letztes Argument in seinen Fäusten hat.

Aus dem Reichstag. Nach der dreitägigen Unterbrechung
durch die Verhandlung der Streitinterpellation hat der Reichstag
heute die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern
wieder aufgenommen. Sehr weit ist man allerdings nicht ge-
kommen, allen auten Vorlägen zum Trost, die dieser Tage erst
der Senatskonvent den Abgeordneten einreden wollte. Die
Reduktion tobte sich erst noch eine Weile beim Titel „Reichsschul-
kommission“ aus, und der späte Abend war angebrochen, als die
Mitschneidung über das Reich längst ihr Ende nicht gefunden
hatte. Wir haben indessen keinen Grund, diese Diskussionen zu
bedauern oder ihre Abklärung besonders zu wünschen. Es ist
vielmehr recht erfreulich, wie unser Fraktionsredner im Laufe
der Debatte selbst bemerkte, daß es überhaupt einmal gelungen
ist, eine größere Schuldebatte zu entwickeln. Und zweifellos be-
dürfen auch die Probleme, welche die Kalligesehgebung erst ge-
stellt hat, ausführlicher Besprechung.

Die Einbringung der Wehr- und Deckungsborlagen.
Die aus quinquennialen Kreisen bestätigt wird, dürften die
Wehr- und Deckungsborlagen dem Reichstags vor Ostern nicht
mehr zugehen. Die Veröffentlichung der Entwürfe soll nicht
früher erfolgen, als bis sie auch dem Reichstags bekanntgegeben
sind. In der Frage der Aufhebung der „Liebesgabe“ hat eine
vorherige Fühlungnahme zwischen Regierung und Konservativen
nicht stattgefunden.

Der Anshandel mit dem Elia-Lothringers Zentrum
ist von der reichl. Regierung eingeleitet worden. Der deut-
Tageszeitung“ wird auf Grund authentischer Informationen mit-
geteilt, daß die elsa-Lothringische Regierung mit dem elsa-
Lothringischen Zentrum in der Frage des Kaiserlichen
Gnadensonds Fühlung genommen habe und hoffe, daß
diese Partei im Plenum ihre Stellungnahme revidieren und den
Fond bewilligen werde, der bekanntlich in der Kommission vom
Zentrum in Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten gestrichen
worden war. Das agrarische Blatt sagt dieser Meldung hinzu:
„Das wäre gewiß dringend zu wünschen, namentlich auch im
Interesse des elsa-Lothringischen Zentrums; leider aber steht die
Doffnung der Regierung, wie wir zu wissen glauben,
auf recht schwachen Füßen.“

Es erweckt den Wunsch, als wolle die „Deutsche Tages-
zeitung“ mit ihrer pessimistischen Bemerkung nur das reichs-
deutsche Zentrum veranlassen, im Interesse des guten schwarz-
blauen Einvernehmens noch etwas stärkeren Druck auf die
Straßburger Zentrumsler auszuüben, damit der Fond bewilligt
und die „monarchische Arie“ des Zentrums vor Frieden be-
wahrt wird. Es dürfte solch geistigen Drucks kaum bedürfen.
Der Handel zwischen reichsständischer Regierung und Zentrum
kommt auch ohnedem zustande.

Fürliche Gehälter im Hansabund. Der frühere national-
liberale Abgeordnete Stresemann soll Leiter des Hansa-
bundes werden an Stelle des ausscheidenden früheren Ober-
bürgermeisters Knobloch. Stresemann soll sich noch Bedenkzeit

ausbedungen haben, aber vermutlich nicht wegen der Bezahlung
des Postens, denn die scheint im Hansabund sehr sparsam zu sein.
Der Knobloch war mit dem Hansabund einen dreißigjährigen Ver-
trag für ein Gesamtgehalt von 120 000 Mark eingegangen. Von
diesem Gehalt wurden jährlich 20 000 Mark direkt ausbezahlt,
und 20 000 Mark wurden jährlich als nach Vertragsablauf aus-
zahlende Garantiesumme zurückgelegt für den Fall, daß der
dreißigjährige Vertrag nicht erneuert werden sollte. Herr Knobloch
ist nun nach Ablauf von zwei Jahren zurückgetreten und hat die
ihm vertragmäßig zugesicherte Abfindungssumme erhalten, die
besteht aus zweijähriger Garantiesumme von je 20 000 Mark (zu-
sammen 40 000 Mark) und dem Gesamtgehalt für das dritte
Vertragsjahr von 40 000 Mark; insgesamt also 80 000 Mark.

Der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei
über das Stichwahlabkommen. Am Sonnabend und Son-
ntag war in Berlin der Zentralausschuß der Fortschrittlichen
Volkspartei verammelt, um den Ver. des geschäftsführenden
Ausschusses über die Wahlen entgegenzunehmen. Der Abgeordnete
Fischer erstattete den Bericht und besprach auch das Stich-
wahlabkommen mit der sozialdemokratischen Partei. Nach längerer
Diskussion wurde mit allen gegen 6 Stimmen die folgende Re-
sultion angenommen: „Der Zentralausschuß erteilt dem ge-
schäftsführenden Ausschusse der Fortschrittlichen Volkspartei für
seine erfolgreiche Wirksamkeit bei den letzten Reichstagswahlen
Dank und Anerkennung aus. Der Zentralausschuß billigt die von der
Parteileitung getroffenen tatsächlichen Maß-
nahmen, die unter Wahrung der vollen Selbständigkeit der
Partei zur Befestigung der bisherigen reaktionären Mehrheit
des Reichstages geführt haben.“

Wustland.

Macdonald über die Aufgabe der sozialistischen
Arbeiter. In einer Ansprache, die Genosse R. Macdonald
bei Übernahme der Präsidentschaft der Fabier-Gesellschaft der
University of Manchester hielt, forderte der Leiter der
Arbeiterfraktion des Unterhauses die studierenden Sozialisten
auf, in die Arbeiterbewegung selbst einzutreten. Bisher waren
die Studierenden eher störend. Sie kamen von der Universität
mit den akademischen Vorurteilen, und nach einem oder zwei
Monaten lagen sie, daß für sie kein Platz in der Bewegung ist.
Ihr könnt euch selbst einen Platz schaffen! Ohne euch ist
die Bewegung unvollständig. Aber kommt nicht zur Arbeiter-
partei und fordert, daß sie anders werde, sobald ihr hinaudat.
Nehmt die Bewegung, wie sie ist. Sehet, wo sie schwach ist,
und habt ihr sie fähig gemacht, sie zu ändern, so ändert sie.
Ihr werdet eine kurze Zeit hindurch Entmutigung fühlen, aber
auf die Dauer wird eure Arbeit Anerkennung finden. Die
Arbeiter sind so oft getäuscht worden, daß sie jedem misstrauen,
der auf anderem als ihrem Wege in die Bewegung kommt.
Dieses Misstrauen kann nur durch opferwilligen und unermüd-
lichen Dienst der akademischen Männer und Frauen überwunden
werden.“

Bekanntlich ist in England, entsprechend dem wesentlich
beruflichen und teilweise noch künstlichen Charakter eines
großen Teils der Arbeiterbewegung, der Gegensatz zwischen dem
Arbeiter der „schwiegenen Hand“ und dem aus theoretischem
oder sonst ideellem Interesse zur Arbeiterfraktion getriebenen An-
gehörigen anderer Schichten schroffer als anderwärts. Zum
Teil darum, weil die englischen Arbeiterorganisationen früher
ganz und heute noch überwiegend die Arbeiterfraktionen höherer
Klassen vertreten, die natürlich keiner fremden Unterstützung be-
dürfen, während der Angehörige höherer Schichten, den Mit-
leid und andere ideale Motive leiten, kein Interesse naturgemäß
den Bedürfnissen und zur Selbsthilfe Unfähigen an meisten
zuwenden wird. Immerhin haben unter dem Einfluß der
sozialistischen Erkenntnis und mit der wachsenden Teilnahme
auch der niederen Arbeiterfraktionen an der Organisationsarbeit
alle diese äußerlichen Gegenstände an Schärfe verloren.

Die sozialistische Fraktion der baltischen Kammern
schloß sich in ihrer letzten Sitzung dem Protest gegen den an den
Sozialdemokraten der russischen Duma verübten Justiz-
mord an und beschloß die Abhaltung einer großen Protestver-
sammlung, in der auch ein Vertreter der Liga für Menschen-
rechte und wahrscheinlich einer der Beurteilten reden werden.
Ein Protest wurde weiter gegen das vom Ministerpräsidenten
angekündigte Schulgesetz beschlossen. Da seine Grundzüge
dieselben wie die des überlebigen Schollaertischen Entwurfs sind,
wird ihm derselbe Widerstand entgegengebracht werden, sofern
nicht, wie die Fraktion erwartet, der Wahlausgang alle Projekte
dieser Sorte dauernd begraben wird. Hinsichtlich der Ver-
mehrung der Abgeordneten soll Stimmhaltung
erfolgen, da auch hier eine Begünstigung der Klerikalen geplant
ist. — Bei Beratung des unzulänglichen Hilfskassen-
Unterstützungsgesetzes wird obligatorische Kranken-
versicherung gefordert werden.

Der Vogt von Suhl.

Erzählung von Theodor Mügge.

„Ich hoffe“, erwiderte Jens höflich, doch nicht ohne Spott,
„daß meine fernmännliche Anwesenheit, die eine läßliche Ange-
legenheit sein mag, mir Ihre Nachsicht nicht entziehen wird.“
„Gewiß nicht, lieber junger Freund“, rief der alte Herr,
„auf Reisen muß man tolerant sein. Man muß ja überhaupt
dabei Geduld haben und schlichte Verzüge, die ja noch we-
niger Dauer und Inhalt haben, wie mancher diplomatische Ver-
trag.“
„Sie haben nur zu recht“, erwiderte Cornien, Lina an-
blickend.
„So habe ich denn auch mit unserem wackeren Galligewir
für eine sehr intime Freundschaft geschlossen“, fuhr der Baron
fort, „und mir von ihm schöne Dinge erzählen lassen. Er hat
mit unter anderem gesagt, daß die Friesen und Schleswiger den
Teufel nach dem bairischen Könige fragen, der nichts als ihr
Sorgen, und wenn es nach rechten Dingen hergehe, müße Schles-
wig sich von Dänemark trennen, sobald kein männlicher Erb-
mehr vorhanden sei. Als ich den Mann belehrte und ihn fragte,
wer ihm das aufgebunden habe, gab er zur Antwort: Gott,
Jens Cornien sagt es, und was der sagt, ist wahr.“
„Dann muß ich ihm für dies Vertrauen danken“, versetzte
Cornien, den stehenden Blick des Baron ruhig ansahend.
„Nun lassen wir das auf sich beruhen“, sagte der alte Herr.
„Da kommt die Wöchnerinpaß und hier der dampfende Tee-
kessel. Ich bin begierig zu erfahren, ob die Kochkunst mehr
wahren Inhalt hat und noch meinem Geschmack ist, als die
Politik.“
Der Baron aber war wirklich bald mit der Kochkunst in
höhem Grade ausgehört. Der Eierkuchen von Wöchnerin war
so locker, daß er auf dem Tische zerfiel, er konnte in Kopen-
hagen nicht besser gemacht werden, und als ein paar frisch-
gebackene Waffeln auf dem Tisch erschienen, die auf ihren
Wandern weit über alle Inseln flogen, endlich aber ein hal-
bes Duzend der süßlichen Setzungen den Schluß machten, fand
er, daß es doch gar nicht übel sei, auf kurze Zeit in dem Hause
eines Freier auf den Galligen zu leben.
Dabei schloß es nicht an gutem Wein, den Cornien aus
der Schlupf holen ließ, und am Schluß des Mahles erdient so-
gar eine Röhre mit vorzüglichem eingemachten württembergischen Früch-
ten, welche der Halligbewohner von einem Kapitän erhalten
hatte, dessen Schiff er jüngst durch die Sperrlinie führte.

Der alte Herr spitzte die Lippen und eine gewisse Ver-
kürzung lag in seinen Augenwinkeln. „Ich hätte es niemals ge-
glaubt“, rief er, „in diesem edlen Winkel der Erde so prächtige
Dinge anzutreffen.“
„Sie könnten leicht in noch größerem Erstaunen geraten,
Herr Staatsrat“, sagte Cornien lächelnd, „wenn Sie einmal
nach Suhl kämen zurzeit, wo die irischen Kapitäne aus Ham-
burg, Bremen und Holland zurückkehren, um den Winter bei
ihren Familien zu verleben. Da wimmelt es von Kapitän und
Kapitänin aller Art aus aller Herren Länder. Der eine ist
aus Indien wiedergekehrt, der andere aus Chile, dieser aus
Africo, jener aus Kamacka und jeder hat mitgebracht, was er
zumeist für sich, selten oder behaglich hielt.“
„Das muß ein lustiges und merkwürdiges Leben sein“, rief
der alte Herr.
„Ein Leben, das den Menschen immer wieder hinaustreibt
auf die wilden Wellen und auf das hölzernen Ross, auf dem er
rattlos die Erde umkreist, ist allerdings oft merkwürdig genug;
lustiger und schöner ist es jedenfalls, sein Haus zu besitzen, im
Schatten seiner Bäume zu sitzen und in Frieden zu wohnen mit
der Natur und den Menschen.“
„Lieber junger Freund“, rief Baron Hammerstein, „ich halte
von den Deutschen nicht viel. Es ist ein sentimentales, träume-
risches, zu allen Schwärmereien und unpraktischen, lustigen Vele-
ten geneigtes Volk, das in Kunst und Wissenschaft zwar
Etwas geleistet hat, aber es auch darin nie zum Gebiegenen
und Vollenbringen bringen kann.“ — „Ja, spotten Sie immerhin“,
sagte er fort, „als er sah, daß Corniens Lippen zuckten.“ Die
Deutschen haben ebenwenig einen Thorwaffen, wie sie einen
Nacktschäfer, Kaganien oder einen Heiber haben. Sie haben
nur den Götze, der allerdings artige Sachen geschrieben hat
und der einzige ist, den ich goutieren kann. Eines schloß ich
nicht für alle, sagte Goethe — ich nenne Ihnen Goethe, weil
ich denke, Sie werden ihn in Jena selbst wohl gesehen haben
und ihn verehren.“
„Als Richter gemiß“, fiel Jens ein. „Der Minister geht
nichts an. Daß er nichts für sein Volk getan, nichts für
sein Volk geleistet hat, keinen gnädigen Herrn immer aufwartete,
wie und wo er konnte, und sich das Herz gewaltig vergrößerte,
um seine olympische Ruhe nicht an das Leid der Menschheit
zu legen, ist freilich traurig genug.“
„Sehe jeder, wie er's treibe, sehe jeder, wo er bleibe!“
rief der Baron lachend. „Das ist der einzige deutsche Dichter,
der mit der Schärfe und Klarheit eines Staatsmannes das Leben
untersucht; und große Wahrheiten mit wenigen Worten sagt.“
„So sage ich Ihnen denn, Herr Cornien, daß ich wirklich er-
staunt bin, Sie in so großen Freimütern befangen zu finden.“
„Eines darf ich nicht für alle. Für diese Inselleute paßt das

Fischer- und Schifferleben mit seinen unruhigen und gefährlichen
Mühseligkeiten. Wer hier geboren ist und hier leben will, muß
mit Blut und Sturm kämpfen, im Stille umherwaten, Krabben
und Dorsche fangen, Wöden und Strandvögel jagen. Wer das
nicht will, sehe wo er bleibe.“ — Die Welt ist groß, Herr Corni-
en. Höhere Naturen sind immer Kosmopoliten, und Fische fan-
gen, den Acker bestellen, Schafen ein feineres Fell verschaffen
oder die beste Butter im Lande machen, genügt denen nicht,
die den Drang in sich fühlen, lieber Hammer als Amboss zu
sein. — Im übrigen ist diese Seegunge vorzüglich, bitte nehmen
Sie noch ein Stüd. Ich bin überzeugt, daß man in Suhl ganz
angenehm leben kann und verhehle es Ihnen keineswegs, Herr
Cornien, wenn Sie mit Begeisterung von der tiefen Anhänglich-
keit sprechen, welche alle Friesen zu ihrem Vaterlande haben.“
„Diese Anhänglichkeit“, Herr Staatsrat, haben alle Völker“,
erwiderte der junge Mann. „Die Dänen lieben ihr Vaterland
nicht weniger, wie die Deutschen.“
„Ja so, die Friesen und mit ihnen die Schleswiger, sind
Deutsche“, rief der Baron. „Sie erinnern mich immer wieder
daran und ich vergesse es eben so oft, weil ich die praktische
Ueberzeugung habe, daß dies Land hier ein Teil Dänemarks
ist und hoffentlich auch bleiben wird. Sagen Sie mit aber
doch, lieber Herr Cornien, wodurch würde diese arme Familie
glücklicher werden, wenn plötzlich proklamiert würde, daß ihre
Gallig und rund umher die Inseln und meinetwegen ganz
Schleswig bis an die Küstengau deutsch geworden wäre? Wür-
den ihre Schafe darum doppelt so viel Milch geben und drei-
mal im Jahre Junge gebären? Oder würden die Fische häu-
figer, die Stürme geringer? Oder verwandelten sich die Dünen
und Sümpfe in fruchtbares Land? Schleswig würde zum Pa-
radies mit Feigenbäumen und paradiesischer Limonade.“
„Wenn Schleswig aufhört, sein Geld und seine Kinder an
den Sund zu schicken“, versetzte Jens, „so kann es allerdings
die schweren Lasten und Aufgaben, welche jetzt auf uns drüben,
bedeutend ermäßigen, zumal wenn eine gerechte Besteuerung er-
folgt, die Privilegien und Vorzüge gewisser Klassen aufheben
und diejenigen das Meiste zahlen, die das Meiste besitzen.“
„Ah so!“ rief der Staatsrat lachend, „nun das ist doch
ein praktisches Ziel der Demagogen und heißt nicht ins Blaue
hinein phantastieren. Aber lassen Sie das ja nicht die patrio-
tischen Ritter und reichen Leute hören, mein unger Freund,
deren deutschstämmelnde Vaterlandsliebe gewaltig dadurch abgekühlt
würde.“
„Ich führe es nur an“, sagte Cornien, „um Ihre Frage
zu beantworten, im übrigen aber lassen sich die Empfindungen
eines Volkes, das sich losgerissen weiß von seinem wahren
Vaterlande, nicht mit der Krämereile messen.“
(Fortsetzung folgt.)

An die obereschlesischen Bergarbeiter!

Die Vertreter der obereschlesischen Bergarbeiter-Organisationen haben unterm 20. Februar an den Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännlichen Verein in einer Eingabe um eine 15-prozentige Lohnaufbesserung für alle Bergleute ersucht. Nach Ablehnung dieser Forderung durch den genannten Verein wurde unter dem 6. März dieselbe Forderung an die einzelnen Grubenverwaltungen eingereicht. Die Verwaltungen erkennen die Organisationen als Vertreter ihrer Belegschaften nicht an, lehnen deshalb jede Verhandlung mit den Arbeiter-Organisationen ab, betonen jedoch in ihrem Antwortschreiben vielfach, daß sie bereit sind, die Lohnfrage mit den Arbeiterausschüssen zu verhandeln. Daraus ist zu schließen, daß diese Verwaltungen auch bereit sind, den Arbeiterausschüssen Zugeständnisse in der Lohnfrage für die Belegschaften zu machen. Wir richten deshalb hierdurch an die Belegschaften die dringende Aufforderung, ihre Arbeiterausschüsse unverzüglich zu beauftragen, Arbeiterausschüßungen zu beantragen und dort die Lohnforderungen erneut zu stellen und zu begründen.

Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse werden ersucht, über die stattgefundenen Sitzungen und deren Ergebnisse den Organisationen sofort Mitteilung zu machen, spätestens bis zum 27. März, damit die Organisationsvertreter noch bis zum 1. April weitere Beschlüsse fassen können.

Die Situation hat sich inzwischen dadurch verschärft, daß bereits Montag auf mehreren Gruben viele Arbeiter entgegen den Beschlüssen der Organisationen in den Ausstand getreten sind.

Wir richten an die obereschlesischen Bergarbeiter das dringende Ersuchen, strenge Disziplin zu halten und unferen Anordnungen Folge zu leisten. Vor allem warnen wir entschieden vor jeder unüberlegten Handlung, da wir für Vorkommnisse, die der Genesung der Organisation entbehren, keinerlei Verantwortung übernehmen.

Von dem Verhalten der Bergwerksverwaltungen wird es abhängen, ob der Friede im obereschlesischen Bergbau erhalten bleibt, oder ob wir auch hier einen großen Kampf bekommen werden.

Die Vertreter der fünf Organisationen.

Alt-Cosel, 10. März. Der erste sozialdemokratische Schritt im Gemeinde-Karpatenwahl wurde am Sonntag stattgefundenen Gemeinde-Vertreterwahl wurde zum ersten Mal trotz heftiger und scharfer Gegenagitation Genosse Johann Gajka als Gemeindevertreter gewählt. Die Gegner blieben mit 8 Stimmen in der Minderheit, obwohl von bürgerlicher Seite alles, was nur ein Bein hatte, zur Wahl erschienen war. Auch bei uns marшиert die Sozialdemokratie, trotz aller kleinlicher Schikanen.

Gleitwitz, 19. März. Ueber ein schweres Brandunglück in Smolniz hiesigen Kreises, dem ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, wird folgendes gemeldet: Am Sonntagabend gegen 5 1/2 Uhr ging im Gaischischen, früher Stolzigischen Gasthause in Smolniz eine 25 Liter fassende Korbflosche mit 96 gradigem Spiritus aus bisher noch nicht festgestellter Ursache zu Bruch, wobei sich der Inhalt auf die Fliesen der Gaststube ergoß. Durch ein fortgeworfenes brennendes Streichholz fing der Spiritus Feuer, wobei die Flammen bis an die Decke schlugen. Die im Nebenzimmer anwesenden Frauen Stollja und Dziuba, die das Feuer schnell löschen wollten, gerieten dabei an ihren Kleidern in Brand und trugen schwere Brandwunden davon. Frau Stollja ist an den Folgen der erlittenen Brandwunden bereits gestorben, während bei Frau Dziuba wenig Hoffnung vorhanden ist, sie am Leben zu erhalten.

Gleitwitz, 19. März. Zum Brandunglück auf Dytmandragrube. Bereits seit Freitag voriger Woche ist die Verwaltung ununterbrochen eifrig bemüht, die sieben Leichen der bei dem am 12. Februar erfolgten Grubenunglück auf Dytmandragrube zu Tode gekommenen und seit dieser Zeit in der Grube eingeschlossenen Bergknappen zu bergen. Die von einer Kommission gemachten Versuche, in das in der Gemarkung Schwarzwald gelegene Grubenbrandfeld hinein zu gelangen, haben ergeben, daß das Feuer von dem in den Schacht hineingelassenen Wasser erloschen sein müsse. Um die in dem Brandfeld angefallenen Dämpfe und Gase abzulassen, wurden die Dämme geöffnet, so wie der durch einen starken Hohenbelag mit darauf lagernder Erdschicht abgesperrte Förderer abgedeckt, wobei die schlechten Wetter umgehindert zum Schachte herausströmen konnten. Durch etweng für diesen Zweck in der Schachtstube eingebaute Ventilatoren sollte dieser Vorgang beschleunigt werden. Als jedoch eine mit Sauerstoffapparaten ausgerüstete Rettungscolonne bereits bis etwa einen Kilometer lange aufsteigende Straße — bekanntlich liegen die Leichen (überlebensfähig) auf dem höchsten Punkte dieser Straße, zirka 1200 Meter vom Schacht entfernt — vorgedrungen war, mußte sie die Wahrnehmung machen, daß ein plötzliches immer intensiver bemerkbar machendes heftiges Quaken ein weiteres Vordringen zu den nur noch etwa 180 Meter entfernt liegenden Leichen leider unmöglich machte. Weßhalb die Colonne unrichtiger Sache umkehren mußte. Wenn Aufschneide noch wird durch den Zutritt frischer Luft das noch nicht gänzlich erloschene Feuer neue Nahrung gefunden und so das Kohlenfeuer erneuert in Brand gesetzt haben. Es unter diesen Umständen die Bergung der sieben Leichen in allerhöchster Zeit erfolgen können wird, läßt sich bis zur Stunde noch nicht übersehen. — Die Belegschaft des stillgelegten Bergwerks ist auf dem benachbarten Bergwerke „Gobulowisch“ beriefen Verwaltung in Notgeroth angelegt (als Nachschicht) und wird täglich mittels Straßenbahnsonderzüge dorthin und retour befördert.

Rönnigshütte, 19. März. In der Sedan- und Weimaerstraße in Neuhäusel ereignete sich am Sonntag ein schwerer Unfall. Unterwegs nahm der Ruffcher Biene! drei Monteur mit sich, für die er Kollgeschäfte ausführte, auf den Wagen. Einer von diesen übernahm die Führung des Gefährts. Die Pferde gingen durch und der Wagen schlug mit großer Gewalt gegen einen elektrischen Transformator. Hierbei wurde der Ruffcher Biene! und Monteur Feider vom Wagen geschleudert. Der Monteur erlitt schwere Kopfverletzungen, während Biene! einen doppelten Schädelbruch und schwere innere Verletzungen davontrug. Er wurde sofort ins Krankenhauslazarett überführt, doch wird an seinem Aufkommen zweifelhaft.

Rönnigshütte, 19. März. Gewerkschaftsartikel. Donnerstag, den 21. März, abends 8 Uhr: Kartellung im Gewerkschaftslokal, Ringstraße 5. Die Delegierten, sowie die Vorliegenden der Gewerkschaften sind eingeladen.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Schütz. — Redaktion und Expedition: Neue Bräunerstraße 7. — Verlag: der „Volkswacht“, G. m. b. H. — Druck von H. Schütz, G. m. b. H. — sämtlich in Breslau, Birgitz 2 Verlag.

Zu Ehren der chinesischen Republik fand, wie unser Pariser Korrespondent schreibt, am 14. März in Paris ein großes Bankett statt unter dem Vorsitz des Abgeordneten Painleve. Eine sehr große Anzahl der führenden Persönlichkeiten der Politik und Kunst wohnte dem Fest bei, auf dem auch die neue chinesische Regierung durch ihren gegenwärtigen Pariser Geschäftsträger Outinaten vertreten war. Painleve wies in seiner Rede auf die Wichtigkeit der chinesischen Revolution hin und auf die Sicherheit, mit der sie zum Ziel gelangte. Distinguished geierte besonders Sunyatsien, der den Kampf zu meisterrath gelehrt habe, daß schließlich der Kaiser selbst bei seiner Abdankung die Republik proklamieren mußte. Den Vereinigten Staaten und Frankreich seien die chinesischen Republikaner am meisten dank schuldig. Aus der Geschichte dieser beiden Länder hätten sie ihre Lehren geschöpft. Für die französische Literatur sprach ihr berühmtester Vertreter, Genosse Anatole France, der an die junge Republik die Mahnung richtete, daß sie sich stets erinnern möge, daß die Republik vor allem ein Mittel zur Vervollkommnung sei, und daß sie ihre Kraft und ihre Berechtigung verliere, wenn sie das aus dem Auge lasse. Als letzter ergriff der frühere Ministerpräsident Monis das Wort, der seiner Freude Ausdruck verlieh, daß das junge China die Forderungen der Revolution von 1789, die Erklärung der Menschenrechte, in ihr Programm aufnahm. Offenlich bekennt sich nun auch die Regierung der dritten französischen Republik, die chinesische Republik möglichst rasch offiziell anzuerkennen. Bisher ist das noch nicht geschehen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. März.

Eine sonderbare Gemeindevahl.

Ueber die Gemeindevahl in Herrmannsdorf, Kreis Breslau, wird uns noch geschrieben:

In dem nahen Herrmannsdorf hat man bei den Gemeindevahlen die merkwürdigsten Dinge. Bei der Wahl im vorigen Jahre war so viel Verwirrung, daß die der Kreisaußschuß als unzulässig erklärte und der Gemeindevorsteher eine neue Wahl auslegen mußte. Doch das war nicht so einfach. Der Gemeindevorsteher meinte, er müsse sich die Gemüter etwas beruhigen; dann werde er die Wahl anberaumen. Um das zu verstehen, muß man wissen, daß in Herrmannsdorf bei der Reichstagswahl 128 rote Stimmen abgegeben wurden. Vom 15. bis 30. Januar lag dann die Gemeindevorsteherliste aus. Das Einsehen der Arbeiterwähler war sehr rege, was dem Gemeindevorsteher nicht zu gefallen schien. Es wurde festgestellt, daß zwanzig Wähler, alles Arbeiter, in der Liste fehlten, und der Gemeindevorsteher ließ die mündlich vorgebrachten Einsprüche zunächst unberücksichtigt. Erst nach einer Verhörung beim Landrat änderte sich das und viele Arbeiter mußten in die Liste aufgenommen werden.

Nun kam es zur Wahl. Wie so oft auf dem Lande, wurde sie zu einer Zeit angelegt, die für alle Arbeiter ungünstig und mit einem Lohnverlust verbunden war, nämlich Freitag nachmittag 3 Uhr. Die Hauptfrage aber ist, der Gemeindevorsteher bemühte bei der Wahl nicht die Wählerliste, die vom 15. bis 30. Januar ausgelegt hat, sondern die vom Jahre 1911. Als am Freitag die Arbeiter anmarschiert kamen, stand der Ortsvorsteher vor dem Wahllokal und verwelgerte jedem den Zutritt, der nicht in der Liste stand. Da sich aber die Wähler überzeugt hatten, daß sie in der neuen Liste standen, drängten sie einfach den Herrn beiseite und besetzten den größten Teil des Lokals. Nach dem Verlassen der Liste mußten über 20 Wähler das Lokal verlassen, weil sie in der Liste nicht eingetragen waren. Die Wahl der Wähler in den Wahllokal zeitliche als Ergebnis: gewählt die Genossen Schneider und Gohlis. Dadurch war es auch möglich, daß Genosse Srowig das Wahllokal betreten durfte. Aber das entsprach nicht dem Geschmack des Gemeindevorsteher. Er forderte den Genossen Srowig auf, das Lokal zu verlassen und bestellte einen Mann zum Hinantworten, als das nichts nützte; doch der vertraute sich an den Genossen Srowig nicht heran. Endlich erschien die Polizei auf dem Platze, und ihr mußte Srowig weichen. Rektor Wübner, der sich bei der Wahl im vorigen Jahre durch die schönen Worte hervorgetan hatte: „Ich bin a Bauer, bin kein Gelehrter“, rief diesmal in den Saal hinein: „Wenn Srowig nicht den Saal verläßt, wird die Wahl verfallt. Nun, Herr Wübner gibt sich so, wie er ist; aber er mußte doch wissen, daß eine Verletzung der Wahl nicht zulässig ist.“

Die Herrmannsdorfer Arbeiter, die zum großen Teil in der chemischen Fabrik zu Goldschmidt beschäftigt sind, hatten als Kandidaten den Maurer Paul Schneider und Hausbesitzer Paul Neumann aufgestellt. Doch damit war die Leitung der chemischen Fabrik nicht zufrieden, und der Direktor Wilde erklärte den Wählern, die um Urlaub baten, die Fabrikleitung ist in Herrmannsdorf auch interessiert und wünscht einen Vertreter der Fabrik im Vorparlament. Um Maßregelungen zu verhindern, waren auch die Arbeiter damit einverstanden, traten von der Wahl Neumanns zurück, um dem Fabrikbesitzer Breit ihre Stimmen zu geben. Er bekam dann, wie gemeldet wurde, 114 Stimmen, der Hausbesitzer Marischall 71, während während Genosse Schneider 31 Stimmen, Herr Jesh 9 erhielten und Genosse Gohlis eine Stimme. Breit und Marischall sind, wie der Gemeindevorsteher erklärte, gewählt; der Kreisaußschuß wird ihn aber ablehnen, daß die Wahl ungültig ist. Da nicht nach der neuen, sondern der alten Liste gewählt wurde. Anstehen haben wir genügend Zeit, alle Wähler gründlich aufzuklären, damit uns bei der nächsten Wahl zwei Mann in der Gemeindevorsteherung sicher sind.

Was „Streitterrorismus“ ist.

das zeigte dieser Tage wieder eine Verhandlung des Breslauer Schöffengerichts. Die Schatzmacher in allen Lagern schreien nach einem heftigen Schutz der Arbeitswilligen; in Breslau haben wir schon das Menschenmögliche erreicht. Mögen die Streitenden tun, was sie wollen; fast immer, wenn sie an die guten Arbeitswilligen heranzukommen versuchen, werden sie bestraft. Breslau geht im Arbeitswilligenzuch voran.

Zwei organisierte Glaser, die völlig unbescholten sind, wurden wegen „Streitterrorismus“ zu je einem Tage Gefängnis verurteilt, obwohl sie dem Arbeitswilligen Ernst Thiel, um den es sich handelt, nicht ein Haar gekrümmt haben. Thiel arbeitete während des vorjährigen Glaserstreiks bei dem Glasermeister Georg Holzmann auf der Neuhäuselstraße, Eds Neuhäuselstraße. Er hatte anfangs keine Beteiligung am Streik zugelassen, spielte aber später doch den Arbeitswilligen. Der Leiter des Streiks, Kollege Heinrich Niksche aus Berlin, begab sich am Abend des 8. September 1911 in Begleitung der organisierten Glaser Gustaf Rafe und Hermann Wensch an das Holzmannsche Geschäftslokal, um Thiel nach Feierabend einmal zu sprechen. Das mußte Holzmann natürlich gemerkt haben, denn er begleitete den Arbeitswilligen auf dem Heimwege. Niksche ließ sich jedoch durch die Unerschlichkeit des Meisters nicht beirren; er ging aus Thiele zu und sagte: „Kollege Thiele, ich möchte Sie einmal sprechen. Am besten wäre es, wir gingen in ein Lokal, da läßt sich besser unterhalten, als auf der Straße.“ Holzmann wurde dadurch ziemlich aufgeregt und er holte einen Schutzmann herbei, der die Namen der drei Streitenden feststellen mußte. Die übliche Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der Reichsgesetzordnung ließ nicht lange auf sich warten. Nach dem Erstinstanzbeschluss sollen Niksche, Wensch und Rafe dem Arbeitswilligen „den Weg verstellen“ und dadurch seine Bewegungsfreiheit beeinträchtigt haben. Vor Gericht berichtigte Herr Holzmann, die Angeklagten als sehr gefährlich zu kennzeichnen. Ein Streikboten habe einmal die „Unerschlichkeit“ bezeugt,

ihm durch die Vordrängung in das Innere des Ladens — hin einzusehen. Mit den folgenden Schilderungen des Meisters vom „Terrorismus“ der streikenden Glaser, die alle Ausgänge der Neuhäuselstraße besetzt hielten, usw., wollen wir unsere Leser nicht langweilen. Mit Recht bemerkte der Verteidiger, Rechtsanwalt Bandmann, es ist unerfindlich, aus welchem rechtlichen Gesichtspunkt das Verhalten der Angeklagten dem Thiel gegenüber strafbar sein soll. Wir haben doch wirklich keine Gesetzesbestimmung, die da vorschreibt, die lieben Arbeitswilligen sind wie die weichen Eier zu behandeln. Und was die Angeklagten getan haben, war durchaus nichts Strafbares. Wenn man in der harmlosen Neuhäuselstraße, bleibe einmal einen Augenblick stehen, ich möchte mit Dir etwas besprechen“, scharfe Beinträchtigung der persönlichen Bewegungsfreiheit und der freien Willensbestimmung“ erklären will, dann müßte jeder Straßenhändler oder Verkäufer allein schon deshalb bestraft werden, weil er durch das Anpreisen seiner Ware oder das Vortragen der Waare den Fußgänger einen Augenblick zum Stehenbleiben nötigt. Das aber kann doch wahrlich nicht strafbar sein. Es mag stimmen, daß es bei Streiks manchmal nicht so ganz harmlos zugeht. In vorliegenden Falle konnte Niksche aber gar nicht vorstelligere handeln, als es in der Tat geschehen ist. Alles das, was Holzmann erzählte, muß bei Beurteilung der Schuldfrage völlig ausscheiden; es handelt sich nur um den Vorfall vom 8. September. Der Amtsanwalt wollte jeden der Angeklagten mit fünf Tagen Gefängnis bestrafen. Das Gericht war der Meinung, das in den Weg streifen fällt unter die Bestimmungen des § 153 der R.-G.-O. und verurteilte Niksche und Wensch zu je einem Tage Gefängnis; Rafe wurde freigesprochen. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

General-Versammlung des Breslauer Buchdrucker-Gehilfen-Vereins.

Am Sonntag fand in Gewerkschaftshaus die Generalversammlung des Breslauer Buchdrucker-Gehilfen-Vereins statt. In derselben wurde der schon vorher den Mitgliedern gedruckt zugewandene Geschäftsbericht für das Jahr 1911 noch durch den Vorliegenden, Kollegen Haerdel, in einigen Punkten ergänzt. Dem Jahresbericht, der wieder ein erfreuliches Ergebnis und innere Festigkeit der Organisation aufweist, entnehmen wir folgende Einzelheiten: Die Einführung des neuen Tariffs, der den Gehältern eine zehnprozentige Lohnsteigerung und eine wöchentlich 1/2 stündige Verärgerung der Arbeitszeit brachte, ging im ganzen Bezirk unangenehm gut vor. Der Bericht hebt ferner eine Abnahme der Arbeitslosen hervor. Im Durchschnitt war jeder Arbeiter 39 1/2 Tage ohne Arbeit. Trotzdem ist die Zahl der arbeitslosen Buchdrucker in Breslau immer noch höher, als in anderen Städten. Arbeitslosen und Krankezeit wurden im vergangenen Jahre 21.658 gezahlt, 2678 weniger als im Vorjahre. Auf jedes einzelne Mitglied entfallen im Durchschnitt 30 arbeitslose Tage. Nach Jahren umgerechnet sind dies 60 arbeitslose Jahre, oder 60 Mitglieder, das sind 8 Prozent aller Mitglieder, waren das ganze Jahr über arbeitslos. Davon entfallen auf die Kranken 3 1/2, auf die Arbeitslosen 4 1/2 Prozent. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1911 802 und 42 Zuwächse. Am Schluß des Jahres stieg der Mitgliederbestand auf 864 und 43 Zuwächse. Zum Bezirk Breslau gehören Vornsdorf, Brodau, Gaus, Deutsch-Lissa, Dohrnitz, Festsberg, Dunsfeld, Konstant, Kreuzburg, Müllisch, Müllersberg, Namslau, Dels, Ohlau, Prasnitz, Saarau, Strelen, Trachenberg, Trebnitz, Wamien, Groß-Wartenberg, Woslaw und Joben. In Deutsch-Lissa, Festsberg, Kreuzburg, Müllersberg, Namslau, Dels, Ohlau, Prasnitz, Trachenberg und Woslaw ist der Tarif anerkannt und werden dort Verbandsmitglieder beschäftigt. In vielen, so in den meisten Breslauer Zudereien, werden Ferkeln unter Fortbezahlung des Lohnes gewährt. Versammlungen fanden im Berichtsjahr 14, einschließlich einer außerordentlichen Generalversammlung statt. In vier Versammlungen wurden zum Teil sachliche, zum Teil allgemeine gewerkschaftliche Vorträge gehalten. Die inneren Vereinigungen wurden in 21 Vorstandssitzungen erledigt. Dem Schiedsgericht wurden sechs von den Gehilfen eingelegte Klagen unterbreitet, drei davon aus Breslau, drei aus Schweidnitz. In drei Fällen entschied das Schiedsgericht zu Gunsten der Gehilfen; eine Klage wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt und zwei mußten einstimmig abgewiesen werden. Für die Lehrlinge wurden vier Lehrvorträge abgehalten, die in diesem Jahre wiederholt werden sollen. Durch diese Vorträge soll das Interesse der Lehrlinge für ihre Aus- und Fortbildung gehoben werden. Die Bibliothek war an 51 Abenden geöffnet und wurde von 244 Lesern benutzt. Ausgegeben wurden im ganzen 8211 Bücher. In diesen Büchern sind inbegriffen 105 Lehrlinge, welche insgesamt 727 Bücher, hauptsächlich Fachliteratur, entnahmen. Der Bücherbestand beträgt 4719 Bände.

Die Organisation hat an Einnahme im Berichtsjahre 52.132,18 Mark zu verzeichnen, darunter allein 1908,28 Mark an Zinsen. An Ausgaben weist der Rechnungsbuch 42.132,18 Mark auf. Restant bleiben 10.872,12 Mark. Außerdem verfügt der Verein über ein Vermögen von rund 50.000 Mark, das in Kassen angelegt ist. An Arbeitslosen-Unterstützung zahlte der Ortsverein Breslau an Zuschuß 4053 Mark, an ausgesteuerte Arbeitslose wurden 492 Mark bezahlt. Kranken-Unterstützung wurden 863 Mark ausbezahlt. An Extra-Unterstützung wurden 757 Mark, an Durchreisende 58,50 Mark, an invalide Kollegen 11.720 Mark und an Beurlaubte 675 Mark bezahlt. Für die Bibliothek wurden 714,40 Mark, für gewerkschaftliche Angelegenheiten 1631,48 Mark, für Druckkosten und Verwaltung 4786,76 Mark ausgegeben. Kranz waren im Berichtsjahre 410 Mitglieder insgesamt 9123 Tage, arbeitslos waren 517 Mitglieder 15.535 Tage.

Der Bericht wurde ohne wesentliche Debatte entgegengenommen. Hierauf wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Ein Antrag, den Krankenzuschuß auch für den siebenten Tag der Woche zu zahlen, fand einstimmige Annahme. Abgelehnt wurde nach lebhafter Debatte, der Typographischen Gesellschaft einen Zuschuß zu gewähren, ebenso ein jährlicher Zuschuß für die Witwenkasse, weil in dieser Klasse ein erheblicher Teil Nichtorganisierten sind. Die Beiträge bleiben in der alten Höhe bestehen. Beschlüsse wurden nach kurzer Debatte, 10.000 Mark beim Gewerkschaftshaus anzulegen. Nach Beihilfe von 100 Mark für 2 ausgesteuerten Vorzeitarbeiter und Erledigung einiger anderer innerer Angelegenheiten wurde die auf besuchte Generalversammlung geschlossen.

Im nächsten Jahre wird die Organisation der Breslauer Buchdrucker-Gehilfen auf ein vierzigjähriges Bestehen zurück.

In der Haaresfabrik von C. Ruff Sternstraße 40.

stehen seit 8 Tagen 150 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen im Streik. Alle Versuche zu einer Verständigung scheiterten an dem schroff ablehnenden Verhalten der Firma. Der Stand der Bewegung ist als gut zu bezeichnen. Einmütig wie sie in den Kampf hineinzogen, stehen die Streitenden auch heute noch zusammen. Noch keines der sogenannten „nützlichen Elemente“ hat sich bisher gefunden und es ist zu erwarten, daß der endliche Erfolg nicht zu verzeihen sein wird. Sind es doch heftigste Forderungen, die der Firma unterbreitet wurden. Sie lauten: besseres Material oder eine Entschädigung, so lange das alte noch anhält, Lieferung entrippter Güter ohne den gewöhnlichen Lohnabzug. Mehr wird nicht gefordert. Die Firma Ruff wird einsehen müssen, daß die alten Lohn- und Arbeitsbedingungen auf die Dauer nicht zu halten sind und sich davon überzeugen, daß das Bestreben ihres Werkmeisters Boptella, in nichts nachzugeben, durchaus unvermeidlich ist. Vielleicht verläßt die Firma recht bald ihre Unfähigkeit, Einkunftsversuche durch keinerlei Entgegenkommen zur Unmöglichkeit zu machen.

Versammlungen und Vereine.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Achtung, Bezirksführer!
Die Abrechnung über den Monat März ist Montag, den 25. März, abends 8 Uhr, in den Bezirkslokalen. Die Kontrollarten und die unverkauften Beitragsmarken sind mitzubringen. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Landbezirk 3 (Bezirk Schottwig). Donnerstag, den 21. März, abends 8 Uhr: Gemeindevähler-Versammlung in der Schottwig. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Der Bezirksführer.

Landbezirk 7 (Klein-Gandau). Donnerstag, den 21. März, abends 8 Uhr: Gemeindevähler-Versammlung bei Dürrwanger in Klein-Gandau. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gemeindevahl. Redner: Stadtverordneter Genosse Scholich. 2. Aufstellung des Kandidaten. 3. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung haben alle Gemeindevähler Zutritt. Auch Frauen und Mädchen sind als Gäste gern gesehen.

Am 17. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, verschied nach langen schweren Leiden meine einzige liebe, gute Tochter, Schwester Nichte und Cousine

Berta Probst
im blühenden Alter von 23 Jahren und 8 Monaten.
Dies zeigt schmerzhaft an 3729

Die tieftrauernde Mutter nebst Bruder.
Beerdigung: Mittwoch, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes.
Trauorhaus: Charlottenstrasse 8.

Todesanzeige.
Am Sonnabend verschied nach kurzem Krankenlager unser langjähriger Leichenbestatter, Herr

Wilh. Feist.
Wir gönnen ihm die ewige Ruhe.
Die Friedhofskommission der Freien Religionsgemeinde E. V.

Stadt-Theater.
Dienstag, 7 1/2 Uhr:
Neu eingeführt:
„Die Hochzeit des Figaro“.
Mittwoch, Anfang 7 Uhr: 3654
„Sohengrin“.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Der Kuhreigen“.

Lobe-Theater.
Dienstag, 7 1/2 Uhr:
Zum 3. Male:
„Büß“.
Mittwoch, 7 1/2 Uhr: 3660
„Die fünf Frankfurter“.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Büß“.

Thalia-Theater
Mittwoch, Gruppe K., 2. Vorstellung:
„Schuldig“.
Donnerstag: Humboldt-Berlin. 3666
Anerkennung-Bestellung (Brautkarten):
„Die Anna-Elise“.
Freitag, Humboldt-Berlin:
„Die Schale der Welt“.

Schauspielhaus.
Dienstag, 8 Uhr:
„Alt-Wien“.
Mittwoch, 8 Uhr: 3672
„Die moderne Eva“.
Donnerstag 8 Uhr:
„Alt-Wien“.

Liebich's Etablissement
Genre:
Henry Bender
und das brillante
März-Programm:
Anfang 7 1/2 Uhr. 3642

Viktoria-Theater
Haskel
Der Hauptakt ständisches Lebens:
„Mein Herr Marquis“
etc. etc. 3648
Anf. 8 Uhr. Ende Besetzung gilt.

Zeltgarten
Letzte Nacht Herr Dr. Knack.
Der beliebte
Willy Haase
Der Herr von Mollin singt.
Im neu Spezialitäten.
Anf. 8 1/2 Uhr. 3638

Palmengarten.
Nischen-Fracht-Decorations
Orangen-Fest in Messina.
Spezialität von Dresden.
2 Kapellen
Anf. der neuen Oper:
Entrée frei. 3630
Besetzung im nächsten
Original-Ensemble.

Max Giesel
Größtes Möbel-Kaufhaus
Der ständige Bestand besteht aus ca.
70 Einrichtungen in 8 Regiments-
ausgest. 3710

Gegen sofortige Zahlung kaufe alle
Schätze.
Peril. Kommod. Beistell. Federbett, 33.
Nachlässe Wähler, Friedrichstraße 23.
3727

Grosse Auswahl
geb. Möb., Schränke, Vert., Kommod.
Beistell., Sofa's, in schönen Farben u.
Prütern, 33. Stub.-Einricht. u. 30, 50,
70 Mk. an bill. u. vert. Friedrichstr. 53a.
3728

Uhrketten
Alter
Gepf. Schmiedestr. 17
Ecke Schmiedebrücke.
Hubenstrasse, Ecke Buddestrasse
Zigarren u. Zigaretten-Spezial-
Handlung, Birchholz u. Doms Kantabaf
2371

Bettfedern und fertige Betten.
Reell. 2608

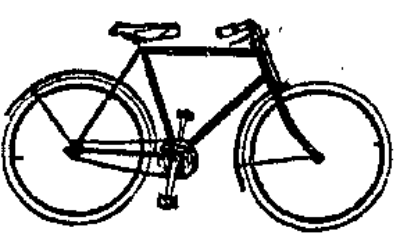
Für 287 Mk.
komplette Einrichtung, bestehend aus Wohn-
zimmer, Schlafzimmer und moderner Küche,
Biele Cam. Stuhl, 400 Mk., Tisch-
Lampen 42 Mk., Schrank 26 Mk., Bett-
33 Mk., Spiegel, 10 Mk., Schreibtisch
350 Mk., mit Stuhl, 200 Mk. mit Umbau,
Bücher, 12.50 Mk., etc. etc. liegt
wirklich reell und billig
Siegfried Brieger
Kupferstr. 24.
Gegr. 1859. — Tel. 9177.
Zahlung nach Vereinbarung!

Jeden Mittwoch und Freitag:
Spezialtag
H. Leder- und Schuhwerk
nach Thüringer Art.
1/2 Pfund 20 Pfg.
Bei ein Fünf-Verkauf 75 Pfennige.

Hildebrand,
Königsplatz 4 und
beide Marktplätze. 1031

Möbeln
Bettst. u. Matratze u. Kissen 25 Mk.
Schrank 24 Mk. Kleiderst. 35 Mk.
Erlös u. Kissen-Entscheidungen
von 200 Mk. an. — Katalog gratis.
Bestellung ohne Kaufpreis ermäßigt.
Alles sportlich. Zeitungs-gefast.
3710

Max Giesel
Größtes Möbel-Kaufhaus
Der ständige Bestand besteht aus ca.
70 Einrichtungen in 8 Regiments-
ausgest. 3710
Brüderstraße 5, ptr. u. l.



Nebenverdienst durch Verkauf von Alemannia-Fahrräder

Verlangen Sie illustr. Katalog Nr. 116 über Fahrräder u. Zubehörtelle gratis u. franko, wenn Sie kaufen. — Pneumatikmäntel Mk. 2.20, 2.80, 3.50, 4.30, 5.20, Schläuche Mk. 1.80, 2.40, 2.60, 3.30. — Acetylenlaternen Mk. 1.50, 2.10, 2.50, 2.80, 3.50.

J. Fries Beseler Nf., Fahrradwerke, Flensburg

Königsgrund Lohe-Strasse 45/47.
Heute Mittwoch:
Grosses Kränzchen
— Menz Parkett. —
11 Uhr: Große Präsent-Vorlese. (3702) Touren- und Schießentag.

Konsum- und Sparverein Vorwärts für Breslau und Umgegend
E. G. m. b. H.

Mittwoch, den 27. März 1912, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus zu Breslau, Margaretenstr. 17

Ordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht über das 2. Quartal des Geschäftsjahres 1911/12.
2. „Unsere zukünftigen Aufgaben.“

Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch. Mitglieder, deren Buch im Kontor liegt, haben sich durch die grüne Karte auszuweisen.

Der Aufsichtsrat
des Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ für Breslau und Umgegend. E. G. m. b. H.

J. H. bes. Vorsitzende
Max Tockus.
3730

Goldberg! Donnerstag, den 21. März, abends 8 Uhr, im „Neuen Hause“:

Öffentliche Konsumenten-Versammlung.

Tages-Ordnung:
„Die neue preussische Einkommensteuer-Novelle, eine indirekte Vertenerung der Lebensmittel.“

Im Anchluss: 3726
Mitglieder-Versammlung des Konsum-Vereins.
Geschäftsbericht Juli-Dezember.

Der Einberufer.

Privat-Handels-Schule „Barber“
Breslau V, Gartenstr. 57
neben Liebich. — Tel. 2447.
Prospekt gratis und franko. 3174

Durch diskrete Mitarbeit nur im eigenen Heim kann bei Garantie Herr oder Dame jeden Standes in Jahresfrist ein Vermögen erwerben. (Keine Schreib- oder Handarbeit.) Näheres unter **D. J. an den Invalidendank, Breslau 5.** 3665

Geschäfts-Übernahme.
Allen Freunden und Bekannten zur Kenntnis, daß ich das
Restaurant Altenstr., Ecke Leuthenstr. 27
übernommen habe und einer gerechten Beachtung entziehe.
Geschäftsinhaber
Edmund Eule.
NB.: Empfiehlt dieses Restaurant. — Jeden Sonnabend Gistwein. 3693

Hier Herr Richter steht der Mann, der Freiheit leben kann. Dann er weiß es schon seit Jahren. Die man sehr viel Geld kann sparen. Hier ist mein Wahlrecht an: Nur das Beste bricht sich Bahn!!!
Gut und dauerhaft
Sind die edl. Reinigen blauen Arbeiter-Reisel-
Kugeln mit nebenstehender Schutzmarke.
In haben bei:
Wilhelm Langer, Gräbenerstr. 18 und
Adolf Hohmuth Nachf., Friedrich-Wilhelm-
str. 93. —
Beser der Volkswacht erhalten 4% Rabatt. 3690

Achtung! Parteigenossen! Achtung! 3478
sowie Reparaturen erhält man am besten und billigsten beim Genossen
Fahrräder
Max Philipp, Posenerstr. 15.
Bitte genau auf 25 Strasse u. Vornamen zu achten.

Rohtab-handlung **Carl Rother & Rode**
Breslau I, Hammerl. Nr. 26. 3621
Ergänzt: E. alle Gemüter.

„Der wahre Jakob“
Sozialdemokratisches Wählblatt.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

Herren-Kleider-Fabrik
Gebr. Meister
Albrechtsstrasse 40, part. u. 1. Etage.
Konfirmanten-Anzüge
In nur streng realen Qualitäten u. bekannt guter Ausführung
von Mk. 9,— bis 25,—. 2970
Wir bitten unsere Fenster-Auslagen zu besichtigen.
Taschenuhren geben wir nicht gratis zu, dafür sind unsere Preise um so billiger berechnet.

Extra starke **Echte Hienfong-E-senz**
(Destillat) à Dtz. M. 2.50, wenn 30 Flaschen M. 6.— portofrei. 376
Chemische Werke **E. Walther, Halle a. S., Mühlweg Nr. 20.**

Vorsicht!
Die glänzende Einführung von **Palmin** (Pflanzenfett) und **Palmona** (Pflanzenbutter-Margarine) hat zahllose Nachahmungen hervorgerufen. Achten Sie deshalb in Ihrem eigenen Interesse beim Einkauf darauf, daß Sie tatsächlich Palmin und Palmona bekommen und daß man Ihnen nicht Fabrikate aufdrängt, die Sie nicht kennen. Weisen Sie alle Nachahmungen unbedingt zurück. Dann gehen Sie ganz sicher!

H. Schlinck & Cie.
Aktiengesellschaft
1016

Traugott Tamm: „Im Föhn“.
Erzählung.
Preis 15 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

Soeben erschienen:
Die Porträts
der sieben sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schlesiens (Bernstein, Bauer, Taubadel, Kühn, Davidsohn, Feldmann, Sachse)
auf Ansichtskarte.
Preis 10 Pfennige.
Volkswacht-Buchhandlung G. m. b. H.

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion 1912
als
Ansichtskarte
mit dem Verzeichnis der sozialdemokratisch vertretenen Wahlkreise.
Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Am 11. März sind die Bergarbeiter des Ruhrkohlenreviers in den Ausstand getreten, um in erster Linie eine der Lebensmittellieferung angemessene Lohnerhöhung zu erreichen. Eine Reihe weiterer Forderungen betreffend die Lohnzahlungsfristen, Schichtzeit, Ueber- und Nebenarbeiten, Werkwohnungen, Arbeitsnachweis, Straßwesen, Schiedsgericht, Nichtanrechnung der reichsgesetzlichen Versicherungsleistungen auf die Alterspensionsrente und Wohlfahrts-Einrichtungen, sind den Werksverwaltungen unterbreitet worden, treten aber an Bedeutung zurück hinter der Forderung einer 15prozentigen Lohnerrhöhung für alle Arbeiter. Die Grubendirektionen haben sowohl die gesamten Forderungen als auch jede Verhandlung mit den Organisations der Bergarbeiter abgelehnt. Sie erklärten sich zwar teilweise bereit, über eine Lohnerhöhung mit den gesetzlichen Arbeiterausschüssen zu verhandeln, unterließen aber nicht, darauf hinzuweisen, daß diese Ausschüsse in Lohnfragen nicht zuständig seien. Soweit solche Verhandlungen mit Ausschüssen stattfanden, sind sie bisher ohne Ergebnis verlaufen.

Der Streik hat sich auf die gesamte Zeitschriftenindustrie des Ruhrbezirks mit ihren Nebenanlagen (Kollereien, Wertverwertungsanstalten) ausgedehnt, ist aber auch schon auf andere Reviere (Saar, Teister, Sachsen, Ober- und Niederschlesien) übergegriffen. Obwohl der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter die Parole des Streikbruchs ausgegeben hat, sind zahlreiche seiner Mitglieder in den Ausstand getreten. Bereits am 12. März überschritt die Zahl der Streikenden 200.000. Infolge der Ausdehnung auf andere Reviere ist die Zahl fortgesetzt im Wachsen begriffen.

Das Verhalten der Werksbesitzer läßt ein Entgegenkommen in die Forderungen der Arbeiter nicht erkennen. Sie haben für Anfang April d. J. Lohnzulagen bis 10 Prozent in Aussicht gestellt, aber nur für die Schichtführer, wobei der weitaus größte Teil der Arbeiter, der im Gedingelohn arbeitet, nicht in Frage kommt. Deren Löhne würden nach der Erklärung der Zeichenverwaltungen mit der Konjunktur von selbst steigen, d. h. durch Verfahren von Ueber- und Nebenarbeiten. Die Bergarbeiter fordern dagegen mehr Lohn für die gleiche Arbeit!

Der Zeitraum des Ausstandes ist seitens der Arbeiterschaft sehr günstig gewählt. Eine bessere Konjunktur dürfte für die Bergleute kaum in Jahren wiederkehren. Ihr Streben, den Lohn von 1907 nebst einer der Lebensmittelpreiserhöhung entsprechenden Zulage zu erreichen, muß als berechtigt bezeichnet werden. So bedauerlich die Streikbruchsaktion des christlichen Gewerksvereins bleibt, so wollten doch die an der Lohnbewegung beteiligten Arbeiterverbände sich von den Christlichen nicht völlig von dem Erfolg der günstigen Konjunktur bringen lassen.

Der Kampf der Bergarbeiter gilt aber auch dem Willkürregiment der Grubenverwaltungen, die jede Organisation ihrer Arbeiter und jeden Einfluß der Letzteren auf die Festlegung der Arbeitsbedingungen aufs schroffste zurückweisen und das Regiment des Herrn im Hause dauernd zur Geltung bringen wollen. Während in anderen Betrieben sich eine paritätische Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge längst durchgesetzt hat, verharren die Zeichenherren auf dem Standpunkt, den Arbeitsvertrag einseitig zu diktieren. Ebenso wie 1905 wäre auch der diesjährige Kampf vermieden worden, wenn der Zeichenverband oder die Werksverwaltungen sich auf Vereinbarungen mit den Organisations oder Vertretungen der Arbeiterschaft eingelassen hätte.

Da die deutsche Bergarbeiterchaft sich angesichts des schroffen Nachstrebens der Grubendirektionen und der Massenstreikbrüche

Parole der christlichen Gewerksvereinsleitung auf einen ebenso umfangreichen wie harten Kampf einrichten muß, für den die eigenen Mittel der Organisation kaum hinreichen dürften, so ergab sich die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands hierdurch der Aufforderung, die

ausständigen Hunderttausende von Bergarbeitern

durch schleunige Vornahme allgemeiner Sammlungen tatkräftig zu unterstützen. Es werden große Anforderungen an die Solidarität der Arbeiterklasse gestellt, aber wie hoffen, daß die so oft bewährte Opferfreudigkeit sie auch in diesem Nietenkampfe zu den höchsten Leistungen anspornen wird.

Um die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftsstellvertreter ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftsstellvertreter werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu konzentrieren. Sammelstellen werden von der Generalkommission nicht verhandelt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftsstellvertretern beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Bergarbeiter aufgebracht Gelder nur an die Generalkommission abzuführen. Für die Abfertigung ist folgende Adresse zu benutzen:

Königsplatz Nr. 7330, Hermann Kube, Postfachamt Berlin, oder direkt an

Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engelauer 11.15.

Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letztere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einfindung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Eingahlungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftsstellvertreter, auf denen die volle Adresse vorgebracht und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag, der abgehandelt wird. Zahlungsarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reichs unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einbringen — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftsstellvertreter am Orte abgeliefert werden —, werden ersucht, gleichfalls nur Zahlungsarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftsstellvertreter ausständigen zu lassen.

Ueber die eingehenden Beträge wird im „Korrespondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden dem Einsender nicht zugestellt.

Berlin SO. 16, Engelauer 15, den 16. März 1912.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 6. Legion.

Der Kampf der Grubenarbeiter.

Bürgerliche Blätter berichten über ein starkes Abflauen des Streiks im Ruhrgebiet. Bei diesen Berichten ist in der Hauptsache der Wunsch der Vater-des-Gedankens. Deshalb sind sie so stark übertrieben. Tatsächlich haben ja die Schreckschüffe der Unternehmer bewirkt, daß am Montag noch ein Teil der Streikenden angefahren ist. Die Zahl der Ausständigen beträgt aber immer noch 170 000 bis 180 000. Die Beteiligungsziffer schwankt sehr stark. Während auf einer Grube die Zahl der Streikenden geringer wird, kommen auf anderen Gruben noch eine Anzahl Ausständiger zu den bereits im Ausstand befindlichen hinzu. Während in regulärer Zeit im Ruhrrevier täglich 30 000 Eisenbahnwaggons Kohlen verladen werden, kommen jetzt nur etwa 11 000 Waggons zur Verladung. In Castrop haben Gefällige den Häckern verboten, an die Streikenden Brot zu verkaufen.

Die Streitjustiz bei der Arbeit.

In der Redaktion der „Essener Arbeiterzeitung“ erschienen am Sonnabend drei strikualbeamte, um das Mandat für eine am Montag vorher bereits veröffentlichten Notiz über die Entsendung von Berliner Polizisten zu suchen. Gefunden wurde natürlich nichts. In der Notiz wurde angebetet, daß man in Berlin noch weniger Verbrecher gefaßt würden, da die „ausgehenden“ Leute nach dem Ruhrgebiet gezogen würden.

In Castrop erfolgten am Montag die ersten Aburteilungen von Streikführern. Dreizehn Angeklagte wurden aus der Haft vorgeführt. Sie hatten sich wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und wegen Verleumdung Arbeitswilliger zu verantworten. Die Angeklagten sollen die Arbeitswilligen belästigt, ihnen Schimpfunken beigelegt, „Pfl“ oder „Streikbrüher“ zugerufen haben.

Das Schöffengericht erkannte auf Gefängnisstrafen von ein bis zwei Monaten und befohl in allen Fällen, den Haftbefehl aufrecht zu erhalten, um, wie das Gericht ausführte, die Angeklagten vor weiteren Ausschreitungen in der letzten bewegten Zeit zu bewahren.

In Dortmund fanden ebenfalls die ersten Urteilungen statt. Eine Anzahl Bergarbeiter, die in der Nähe der Schächte Kaiserstuhl I und II mit Steinen nach den Gendarmen geworfen haben sollen, wurden mit 14 Tagen bis zu drei Wochen Haft bestraft.

In Bochum wurde gegen mehrere Polen verhandelt. Wegen eines Ueberalles auf den Zwabiden Ulke wurde der Arbeiter Jdaszyl zu einem Jahre, der antantagte Arbeiter Kamalski zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die letztere Strafe traf auch den Bergmann Maknowski, der auf Arbeitswillige geschossen haben soll. Die Verfälle hatten sich bei den Kruppischen Zeichen-Samober und Hannibal abgespielt. Am Bochumer Landgericht wird für Streikvergehen eine besondere Strafkammer gebildet werden, die, so lange erforderlich, täglich Sitzung abhalten wird.

Belagerungszustand?

Freitag abend erschien in Obermassen in einer Versammlung öffentlich ein Leutnant mit 60 Soldaten und forderte die Versammelten im Namen S. M. auf, das Lokal sofort zu verlassen, widrigenfalls er Befehl habe, von der Waffe Gebrauch zu machen. In der einen Hand hatte der Leutnant den Revolver, in der anderen den Regen gezieht. Man kann sich das Gestimmen denken, das sich auf den Gesichtern der Versammelten malte. Selbstverständlich forderten Versammlungsführer und der Referent auf, dem sonderbaren Befehl des Offiziers Folge zu leisten. Jedoch wollten die Versammelten nicht nach dem Ausgang drängen, sondern in kleinen Gruppen allmählich das Lokal verlassen. Der Leutnant bedeutete dem Wirt und dem Versammlungsführer, daß unter keinen Umständen mehr Versammlungen abgehalten werden sollten. Für ihre Mahnung, ruhig das Lokal zu verlassen, wurden Versammlungsführer und Referent notiert. Warum denn nicht gleich jüskiert? Wir meinen, daß es jetzt kein schlimmeres Verbrechen mehr gibt, als sich ruhig zu ver sammeln. — Ueberhaupt geht es im Ruhrbezirk zu, als würde hier eine Revolution unterdrückt.

Ein Gendarmenbrief.

Wie bekannt, hat die Regierung aus fast allen Teilen Deutschlands Gendarmen zur Wiederherstellung der Bergarbeiterbezugsanforderungen, die sie ihren Angehörigen zukommen lassen, wie moderne Konquistadoren vorkommen. Vielen dieser Wachtmeister und Sergeanten des Gendarmenkorps mag die Welt, die sich da im Ruhrgebiet vor ihren Augen auftut, eine völlig fremde sein. Sie berichten stammend nach Hause, daß man nichts als Himmel und Menschen sehe, und daß die Zeichen die hohen Kosten der Polizeieinweisungen kaum tragen werden. In einem Brief, den ein berittener Gendarm nach Hause geschickt hat, ist zu lesen, daß die Gendarmen ihre erhabene Mission ganz geschäftsmäßig ausführen. Sogar ein Funken von Unzufriedenheit über die teure Gegend blüht hier und da auf. In dem Briefe heißt es unter anderem:

„Endlich komme ich dazu, Dir etwas Näheres über meinen gegenwärtigen Aufenthalt mitzuteilen. Ich kam am Sonn-

Stadt-Theater.

„Der Freischütz“ von E. M. v. Weber.

Am Montag debütierte Frä. Z. u. A. als Agathe auf Engagement vor leerem Hause. Die junge Dame besitzt eine angenehme Bühnenercheinung und verfügt über eine sehr schöne, in allen Lagen gleichmäßig durchgebildete Stimme, die sie mit vielem Geschmac anzuwenden versteht. Der musikalische Vortrag erdient wohlwurdach, die Intimität gut entwickelt. Der Dialog ist von einer gewisse Härte, wie sie gewöhnlich böhmischen Sängern eigen zu sein pflegt. Ueber der Darstellung und Eingeweite schmebt jedoch eine Langeweile, die hoffentlich keine Temperamentlosigkeit ist; man müßte erst hören, wie sich Fräulein Zusta mit der Pamina oder dem Eschen anfindet. Was aber zunächst sehr an der Dame besticht, ist der Umstand, daß sie nicht schreit! In unserer Bühne eine große Seltenheit. Und das Orchester begleitete so diskret und nachgiebig; auch eine große Seltenheit! — Herr Wilhelm, der Vielgewandte, gab den Kaspar recht angemessen, nur im Dialog zu undeutlich. — Herr Zroszoff war wohl nur für den angeklügten Herrn Corfeld-Mercer eingelungen; sein Organ verriet, daß er am Sonntag erst den Eleazar gesungen hatte. — Der Beifall galt hauptsächlich Agathe und Kennchen (Frä. Wolter). P. M.

Aus aller Welt.

Ein resoluter Polizeidiener. Einen recht resoluten Polizeidiener besitzt die pfälzische Gemeinde Waldsee. Dieser feierte dieser Tage sein 40 jähriges Dienstjubiläum, zu welchem Brod der Gemeinderat eine Ehrung insonjeren sollte. Der Bürgermeister berief die Gemeinderäte ein und schlug vor, der Däter des Gesehes für seine Dienste während der vielen Jahre 40 Mark Gratifikation zu gewähren. Die Gemeinderäte aber scheinen in ihrer Mehrheit nicht weniger als polizeireundlich zu sein, denn sie lehnten mit 12 gegen 5 Stimmen den Antrag rundweg ab. Darauf wurde der im Nebenzimmer wartende Jubilar hereingelufen und ihm zwar keine klingende Münze, aber das Wuppoldkreuz mit Ehrenurkunde überreicht. Der Ausgezeichnete erkundigte sich sofort nach der Gratifikation und als er den ablehnenden Beschluß mitgeteilt bekam, geriet er in höchste Erregung. „Es ist traugig und eine Schande für den ganzen Gemeinderat“, rief er in die Sitzung, „daß ich beschloffen wurde!“ und verchwand dann im Nebenzimmer. Gleich darauf kam er aber nochmals hervor und rief: „Es hat

mir schon einmal einer Rache geschworen, den hat aber schon lange der Teufel geholt und ich lebe noch!“ Von dieser Argumentation war das Plenum so verblüfft, daß sich die Räte alsbald heimwärts in die Büsche schlugen und der Bürgermeister die Sitzung schloß.

Die russische Regierung gegen P. Przejdzicki. Ueber die polizeiliche Hausdurchsuchung im Czestochauer Kloster begm. in der Zelle des P. Pius Przejdzicki wird dem „Kurper Warjawski“ seitens seines Czestochauer Korrespondenten das Folgende gemeldet:

Am vergangenen Montag, vormittags 10 Uhr, erschien im Czestochauer Kloster der Polizeimeister von Czestochau in Begleitung zweier Kommissarien, etlicher Revierbeamten und einer Anzahl Polizeibeamten, welche letztere sogleich den Klosterhof und die Ausgänge besetzten. Darauf wurden der Prior und die Pfr. Pius und Konual aufgefördert, zwecks Revision in der Zelle des P. Pius Przejdzicki als Zeugen beizuwohnen. Alsdann betrat man gemeinsam die Zelle und der Polizeimeister frug zunächst den P. Pius, ob er sich im Besitz eines bestimmten von Rom zugegangenen Dokumentes befände. Als derselbe dies verneinte, nahm der Polizeimeister sogleich an P. Pius eine Leibbesichtigung vor, die ergebnislos verlief. Darauf beauftragte der Polizeimeister die anwesenden Polizeibeamten mit einer genauen Durchsuchung der Zelle. Es wurden einige Briefe und Bücher beschlagnahmt. Auch die Schabkammer und die Sakristei wurden durchsucht. Dieser polizeiliche Besuch im Kloster dauerte bis nachmittags 5 Uhr.

Sturmberkehrungen in Nordafrika. Wie aus Tanger gemeldet wird, irandete an der marokkanischen Küste während des heftigen Sturmes der letzten Tage der norwegische Dampfer „Maridal“. Die Besatzung konnte gerettet werden, doch gilt das Schiff als völlig verloren. Schwere Sturmverheerungen werden aus Colomb Beschär telegraphiert. In Süddorant ist die Eisenbahnlinie so beschädigt, daß der Verkehr eingestellt werden mußte. Der Postdienst wird vorläufig durch Kavalleristen versehen.

Dynamit als Spielzeug. In Sitten im Schweizer Kanton Wallis spielten einige Schulknaben mit einem Stück Dynamit, das sie gefunden hatten. Plötzlich explodierte der Sprengstoff und rief dem einen der Knaben ein Auge und eine Hand fort. In seinem Aufkommen wird gemeldet. Auch ein zweiter Knabe wurde nicht unerheblich verletzt.

Ein vergiftetes Schnaps gestorben. In Gessenkirchen sind vier Bergleute und zwei Frauen nach dem Genuss selbstbereitetes Schnapses gestorben. Beim

Eintau der zur Herstellung des Getränkes erforderlichen Stoffe war versehentlich Brennspiritus verabreicht worden. Nach der Untersuchung durch Sachverständige ist als Todesursache Methylalkoholvergiftung anzunehmen, weil der Brennspiritus mit Methylalkohol benaturiert war.

Diebstahlsopfer. Am Sonntag nachmittag erjoh der Feldweibel Simon vom Langener Infanteriereg. Nr. 103 den Ziegelsteibesser Kraus und sich selbst, weil die Brant des Feldweibels, die Kontoristin Döring, die Verlobung auflöste und den Ziegelsteibesser heiraten wollte. Der Feldweibel wollte auch das Mädchen löten, der Schuß ging jedoch fehl.

Pfarrer Zielonowsky verhaftet. Der polnische Pfarrer Zielonowsky, der vom Untersuchungsrichter in Deuthen wegen Unterschlagung verfolgt wird, ist in Gsur (Schweiz) verhaftet worden. Der Verhaftete war Pfarrer an der Wohlfaßkirche in Pietar.

Dampferkollision. Im Hafen von Pola kollidierte der Dampfer „Ebenico“ mit einem Schnelldampfer der Linie Istria-Triest. Der „Ebenico“ erlitt schwere Havarien.

Verhaftung eines mehrfachen Raubmörders. Der vor mehreren Jahren in Rußland bei der Dchraha angeklagt gewesene Michaelic wurde wegen mehrfacher Raubmorde in Agram verhaftet.

Bergsturz. Im Weißbachtal bei Salzburg ist ein großer Bergsturz von etwa 10 000 Kubikmeter Gesteinsmasse erfolgt. Die Schneefelder sind kilometerweit mit Staub bedeckt. Nachdem der Bergsturz bekannt wurde, sind viele Leute von hier ausgebrochen, um Gold zu suchen.

Vermauerung der Mörderzelle. Aus Czestochau wird gemeldet, daß jene Zelle, in welcher der Maczoch seinen Vetter ermordete, auf die Verfürgung des Priors hin, zugemauert wurde. Ein Klosterbruder begab sich nach Rom, um dem Papste über den Verlauf des Prozesses von Petrus Vericy zu erstatten.

Ein Bahnhunsanfall des Sultans von Marokko. Pariser Blätter mußten zu melden, daß der Sultan Mulay Hafid an schweren neuralgischen Erscheinungen leide. Dieser Tage soll er nun in einem Anfälle dieses alten Leidens, wie der „Temps“ aus Fes zu berichten weiß, bereits fest entschlossen gewesen sein, auf den Thron zu verzichten und die Hauptstadt ganz zu verlassen. Nur mit schwerer Mühe sei es gelungen, ihn davon abzubringen. Das ist doch noch lange kein Beweis von Wahnsinn.

abend Abend in Essen an. Von Berlin hatte ich Schnellzug be-
auftragt. In Essen Meldung beim Landrat, der mich nach ...
kommandierte. Hierher beim Oberwachmeister von Essen, der
während des Streiks in ... Quartier genommen, gemeldet.
Dieser hatte hier bereits für alle Fremden, noch zu erwartenden
Gendarmen Quartier in verschiedenen Wässhäusern gemacht. Als
ich endlich zum Ende in das Bett gehen konnte, war es bereits
12 Uhr. Sonntag früh 8 Uhr Morgens beim Oberwachmeister.
Hierbei Einleitung in Watroussen, und anschließend Straßen-
Patrouillen bis 1 1/2 Uhr Nachmittag. Dann eine Stunde Mit-
tagessen und dann wieder Straßendienst bis 10 Uhr Abends.
Dienst alle folgenden Tage: Aufstehen 3 Uhr morgens, Ab-
marsch 3 1/2 Uhr nach einer 5 Kilometer entfern liegenden Feste.
Hier Ueberwachung und Begleitung des um 1/2 Uhr Vormit-
tags stattfindenden Frühstückes, Mittags ins Quartier 8 1/2
Uhr vormittags. Kaffeestunden. Abmarsch 12 Uhr nach der-
selben Feste und Dienst wie vor. Mittags ins Quartier 1 1/2
Uhr nachmittags. Sodann 7 1/2 Uhr nachmittags Dienst wie vor.
Mittags ins Quartier 12 Uhr nachts, verbleibt Schlaf
3 1/2 Stunden. Am Tage keine Möglichkeit zum Schlafen
vorhanden. Wenn alles ruhig verläuft, wird der Dienst gleich
nach einer Woche geändert. Ich möchte Sie gerne eine Schilder-
ung von diesem Leben machen, doch ist das fast unmög-
lich. Das muß man erst sehen. Weiter nichts als Himmel und
Menschen. Weiter Nachmittag wurde hier in zwei Versam-
lungen der Streik proklamiert. Von den 1500 Bergarbeitern,
die in den beiden um zur Ueberwachung zuweisenden Feste
beschäftigt waren streikten heute jedoch nur etwa ein Drittel.
... Viel lieber wäre es uns, wenn alle
streiken würden. ... Wenn der Streik enden kann, ist
nicht vorzuziehen. Soweit das sich hier überlegen läßt,
haben wir kein besonderes Glück mit unserm Kommando. Die
Verpflegung kostet 3 Mark pro Tag. Das macht die hohen
Preise. Weiter 1,50 Mk. Kalbsbraten hatte der Wert 1,80 Mk.
pro Pfund bezahlt. Kartoffeln 8 Mark pro Zentner. Milch 22
Pfg. usw. Es ist nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß
unsere Feste die Verpflegung bezahlen werden. Auf anderen
Festen mag es besser sein. Mit einer Mark Lohngeld kommt
man auf den Tag nicht aus, zumal man im Gasthause wohnt.
Sieh also zu, wie gelegentlich mindestens 50 Mark zu schicken.

Wegen die Sensationsberichte

wendet sich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ mit diesen ver-
ständigen Worten:
„Es sind bei uns verschiedene Anfragen eingelaufen,
warum wir nicht solche sensationelle Streifen nachrichten ver-
öffentlichen, wie andere, hauptsächlich Berliner Zeitungen. Wir
haben auf diese Anfragen zu erwidern, daß auch uns vom
ersten Tage an alle möglichen Berichte von schweren Zu-
sammenstößen und wilden Ausschreitungen zugegangen. Bei der
unvollständigen gewissenhaften Nachprüfung dieser Nachrichten,
die wir bei verschiedenen Ortsbehörden anstellten, wurde uns
aber in zahlreichen Fällen von den amtlichen Stellen erklärt,
daß die vorgelegten Nachrichten entweder un-
wahr oder weitaus übertrieben waren, und wir
beschränken uns deshalb bei der Wiedergabe von Berichten auf
jene Tatsachen, die uns von behördlicher Seite vorliegt
wurden. So werden wir auch in Zukunft verfahren und,
wie bisher, bei jeder Nachricht die Verunft angeben.“
Zeit freitags werden keine erheblichen Zusammenstöße des
Publikums mit der Polizei gemeldet. Das in das Streikgebiet
dirigierete Militär ist zu unverkennbarer Langeweile verurteilt.

Versammlungen der christlichen Bergarbeiter

sanden ebenfalls am Sonntag im Ruhrrevier statt. In Voltrod
sprach Steerwald und in Steele der Redakteur des Bergknappen,
Abgeordneter Jankisch. Sie erklärten den Streik für verloren
und prophezeien ihren Juchzern, daß der Gewerksverein gestürzt
aus dieser Bewegung hervorgehen werde. Zum Schluss fordern
die Redner zum Kampf gegen den sozialdemokratischen Druck auf,
der den Bergarbeitern hinsichtlich Verweisung vom sozialdemokratischen
Nach bringen werde. — Diese „christlichen Arbeiterfreunde“
können sich wirklich etwas darauf einbilden, wenn sie mit Hilfe
der Polizei, des Militärs, der reaktionärsten Scharfmacher und
ihres eigenen Arbeiterverrats, die um ihr Recht kämpfenden
Bergarbeiter niedergerungen hätten.

Zum Streik im sächsischen Kohlenschiefer.

Soweit bis jetzt die Lage über eben werden kann, ist die
Beteiligung am Streik größer, als jemals bei anderen Lohn-
bewegungen im hiesigen Revier. Auf dem Brückenberg-
schacht sind gleich Montag 85 Prozent der Belegschaft nicht
angefahren; besonders stark sind auch die Unorganisierten am
Streik beteiligt. Auf dem Tiefbau, wie auf dem Ver-
trauensschacht betraut die Streikbeteiligung zwei Drittel
der Belegschaft, auf dem Allgemeinen schacht 70 Pro-
zent. Auf den Vereinsglückswerken streikt die ganze
Belegschaft, auf dem Kühnerschacht sind bis auf zehn
Mann alle Arbeiter ausgeblieben. Auf dem 3. Morgen-
sternschacht sind nicht einmal 100 Mann von 800 ange-
fahren, sogar die Lagerarbeiter streikten. Auf dem 2. Wil-
helm schacht streikten 90 Prozent.

Im Streikrevier ist alles ruhig. Polizei und Gendarmen
sind in nicht gerade großer Zahl im Streikrevier konzentriert.
Die Streikenden lassen sich in der Nähe der Feste nicht sehen,
um jeden Anlaß zum politischen Einmischen zu vermeiden.
Gegnerische Organisationen kommen in diesem Streik nicht
in Betracht, auch der christliche Bergarbeiterverband hat im Streik-

Zu den Methylo-Alkohol-Vergiftungen. In der Affäre
der Gelsenkirchener Methylo-Alkohol-Ver-
giftungen haben die amtlichen Erhebungen bisher ergeben,
daß der vermeintliche Weingeist, der in Wirklichkeit zum größten
Teile das gefährliche Gift Methylo-Alkohol enthielt, von
einem Prognisten in Gelsenkirchen, Heddendorf, bezogen
worden war. Dieser bestreitet jedoch ganz entschieden, Methylo-
Alkohol verkauft zu haben und gibt an, daß, wenn solcher tat-
sächlich beim ihm zum Verkauf gelangt sein sollte, daß
er dann selbst von seinen Lieferanten getäuscht und überverteilt
worden wäre. Auch haben umfangreiche und wiederholte Haus-
suchungen in Heddendorf bisher nach dieser Richtung hin kein be-
lastendes Material zu Tage gefördert. Inzwischen ist die Polizei
nun darauf aufmerksam gemacht worden, daß schon im November
vorigen Jahres in Heddendorf ein recht verdächtiger Todesfall vor-
gekommen sei, der alle Symptome und Eigenschaften einer Methylo-
Alkohol-Vergiftung habe, jedoch er jetzt allgemein ebenfalls auf
Methylo-Alkohol-Vergiftung zurückgeführt werden müsse. Die Zahl
der Opfer beträgt nunmehr sieben, von denen fünf bereits
bestattet sind.

Gefährliche Ballonfahrt. Eine außerordentlich gefährliche
Ballonfahrt hat der Ballon „Prinz Adolf“ ausgeführt. Der
Ballon geriet bald nach seinem Aufstiege in einen fürchter-
lichen Schneesturm. Er wurde hin und her geschleudert
und der Führer verlor jegliche Orientierung. Dazu sieg der
Ballon rapide und geriet bald in Höhen von knapp drei-
tausend Metern. In einer Höhe von 2470 Metern gelang
es schließlich dem Führer, des Ballons wieder Herr zu werden,
nachdem die beiden Insassen feinsten daran gewesen waren, zu
errieren. Zudem legte sich der Sturm und der Ballon
landete bei Hovelhof im Kreise Raderborn. Die Landung
ging glatt von statten und mit Ausnahme des anscheinenden
Schreckens und der Todesangst, wie der grimmigen Kälte haben
die Insassen keinerlei Schaden erlitten. Auch der Ballon blieb
unverletzt.

Tragischer Tod. Auf der Straße Friedrichsfelde-
Kummelsburg ereilte den 32-jährigen Strecken-
wärter Otto Falobig aus Weiskow bei Berlin
gestern ein tragischer Tod. Er geriet beim Rangierdienst zwischen
die Puffer zweier Güterzugwagen und wurde voll-
ständig zermalmt. Der Verunglückte war ein pflicht-

treuer feiner Anhänger. Von den in den Gruben beschäftigten
13.000 Bergarbeitern sind 5000 im alten Verband organisiert,
die übrigen sind unorganisiert, beteiligen sich aber zu einem
großen Teil am Ausstand.

Im Zeintberger Braunkohlengraben

fanden am Sonntag neun öffentliche Bergarbeiterversammlungen
statt, die sich mit dem vom Herrenhaus verlangten Ausnahme-
gesetz gegen die Gewerkschaftsbewegung und mit dem Ausstand
der Bergarbeiter im Ruhrrevier beschäftigten. Alle Versammlun-
gen, in denen zumeist sozialdemokratische Reichstagsabgeord-
nete redeten, erfreuten sich eines starken Besuches und das
Interesse an der Lohnbewegung der westfälischen Bergknappen
zeigte sich an den temperamentvollen Neußerungen der Versammlun-
gsmischauscher. In eine Lohnbewegung der Bergarbeiter des
Niederlausitzer Braunkohlenschiebers ist zur Zeit nicht gedacht,
wenn aber der Ruf an die Knappen dieses Gebietes ergeht, mit
ihren Kameraden in Weiskow gemeinsame Sache zu machen, so
werden sie ihm folgen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im
Niederlausitzer Kohlenschieber sind bekanntlich miserabel, während
die Aktionäre hohe Gewinne einstreichen.

Die Bergarbeiterbewegung in Böhmen.

Aus Teplitz wird gemeldet: In der Delegierten-Versammlun-
g der sozialdemokratischen Bergarbeiterunion in Turn wurde
beschlossen, den Feste bis zum 20. März die neuen Forderungen
zu überreichen. Wenn diese bis spätestens am 28. März nicht
beantwortet werden, werden am 31. März die Forderungen
abermals überreicht und gleichzeitig wird die Arbeit niedergelegt.
Die deutsch-nationalen Bergarbeiter beschließen in Teplitz ein soli-
darisches Vorgehen mit den Sozialdemokraten. Die tschechisch-
nationalen und die scheidlich-anarchistischen Bergarbeiter dürften
sich in demselben Sinne entscheiden.

Streikbewegung in Frankreich.

Paris, 18. März. Trotz eines anfänglich entgegengesetzten
Beschlusses haben die Grubenarbeiter des Beckens von Denain
jetzt den Gesamtstreik erklärt. Auch für das Becken
Aisne ist dieser Streik verkündet. Heute befinden sich bereits
1800 Arbeiter im Ausstande. Zu Ruhestörungen ist
es bisher nicht gekommen. Man befürchtet eine weitere Aus-
dehnung der Bewegung für heute abend. Delegierte sind nach
Lens abgereist, um das dortige Zentralkomitee aufzufordern,
sodort den Generalstreik zu proklamieren. Auch Truppen
sind in die Ausstandsgebiete abgefordert worden.

Belgien vor der Entscheidung.

Die belgischen Festebesitzer haben den Bergleuten eine
Lohnhöhung von fünf Prozent zugestimmt. Die Arbeiter haben
dieses Angebot abgelehnt. Die Entscheidung über den Streik
wird durch einen am 21. März stattfindenden Bergarbeiter-
kongress erfolgen. Durch die künstliche Arbeitsverminderung
war bereits letzte Woche ein Produktionsausfall von zehn Pro-
zent ein.

Das kommende Mindestlohngesetz in England.

London, 18. März. Alle Gedanken sind auf das Er-
gebnis von morgen, die Forderung des Mindest-
Lohngesetzes, konzentriert. Man nimmt an, daß die
Mindestlohnbill, die morgen vorgelegt wird, am Mittwoch in
zweiter Lesung verabschiedet wird und am Donnerstag in die
dritte Lesung geht, sodas sie am Freitag im Oberhaus ver-
abschiedet und Sonnabend die Unterkammer des
Königs erhalten wird. Ueber die Form der Bill verläuft
nichts Genaues. Sie wird aber wahrscheinlich folgendes ent-
halten: Der Mindestlohn ist eine gerechte Forderung; Garantien
für das Arbeitsergebnis müssen seitens der Arbeiter gegeben wer-
den. Tarifverhandlungen werden die Höhe des Mindestlohnes
festlegen, und schließlich: es ist sofort eine Organisation zu
schaffen, um diese Tarifverhandlungen zum schleunigen Ende zu
bringen. Auf den Wunsch des Premier's haben die Grubenbesitzer
und Arbeiter Vertreter ernannt, die mit der Regierung die Bill
verhandeln und bereits heute in London eintreffen werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. März.

Geschichtskalender.

- 1770 Der Dichter Friedrich Schiller in Lauffen a. Neckar.
- 1821 Der Dichter Hans Coler v. Kulzig in Reichen.
- 1821 Der norwegische Dichter Henrik Ibsen in Sken.
- 1825 Max Dextel, Entdecker des Niphoteribakteriums, in Tillingen.
- 1830 Rücktritt des Fürsten Bismarck.

Märzfeier.

Die Breslauer Arbeiterschaft gedachte Montag abend
im Gewerkschaftshause der Ereignisse des Jahres 1848. Die
Versammlung war von Männern und Frauen stark besucht.
Nachdem Arbeiterfänger die Feier durch das Lied „Dem
Lenz entgegen“ eingeleitet hatten, hielt Genosse Darf
einen Vortrag, worin er die Märzereignisse von 1848 und
ihre Vorgeschichte schilderte. Die heutigen Verhältnisse

getreuer Beamter. Er hinterläßt eine Witwe und zwei un-
mündige Kinder.

Im Untersuchungsgefängnis erstickt. Im Kölner
Untersuchungsgefängnis hat sich ein Friseur, der
durch einen unerlaubten Eingriff den Tod einer
Frau herbeigeführt haben sollte und deshalb in Untersuchungs-
haft genommen worden war, mit einer Krawattenadel
ertränkt. Als der Wärter ihn fand, war er bereits tot.
Die Krawattennadel steckte noch im Herzen.

Explosion. In dem Laboratorium des Chemikalienhänd-
lers Schwarz in Graz wurde durch eine heftige Explosion der
Weichheitsinhaber, dessen Frau sowie sein Bruder
und noch ein anderer Arbeiter sehr schwer verletzt.
Die Frau ist ihren Verletzungen bereits erlegen und die anderen
Schmerzerlegten dürften kaum mit dem Leben davonkommen.
Die Explosion ist auf unvorsichtiges Experimentieren im
Laboratorium zurückzuführen und war so heftig, daß das
gesamte außerordentlich festgebauten Laboratorium direkt in
Zertrümmerung geriet.

Die angestrebte Sängerin. Die Längerin Abore
Stilanz, deren Antreten als Nachtzänzerin im Lustspielhaus
in München vor einiger Zeit plötzlich verboten wurde, ist von
der Münchener Polizeidirektion aus Bayern ausgewiesen
worden. Nachdem der Direktor des Lustspielhauses in der
gleichen Angelegenheit von der Anklage einer Uebertretung der
Gewerbeordnung freigesprochen worden ist, da das Schöpfen-
gericht den Darbietungen der Sängerin ein höheres Kunstinteresse
nicht abzusprechen vermochte, muß die administrative Verfügung
ihrer Ausweisung einigermaßen befremden.

Wer wird der Bürgermeister? Wir lesen im „Sim-
plicissimus“: In einer mittelgroßen Stadt Badens war
der Bürgermeisterposten neu zu besetzen. Neben einer
Reihe von Staats- und Gemeindeverwaltungsbeamten bewarb
sich auch ein früherer Offizier, der nach seinem Abschied in
den Kolonien gewesen war und später noch einige Semester
Rechtswissenschaft gelehrt hatte. In seinem Bewerbungsschreiben
führte er als Beweis für seine Befähigung zum Bürger-
meister unter anderem an, daß er in Südamerika eine Pioniers-
kolonne von 110 Offizieren, 40 Pferden, 60 Kameelen und oft
gegen 400 Stück Rindvieh überwacht habe. Der
Mann wurde natürlich gewählt.

gleichen sehr denen vor 1848. Wie damals das Bürgertum,
strebt heut die Arbeiterklasse nach politischer
Herrschaft. Die Waffen, die sie anwendet, sind andere und
vergeßlich werden die Reaktionen auf die Gelegenheiten war
das Volk im Straßenkampfe zu überwinden. Unter Kam-
vollzieht sich im Rahmen des geltenden Rechts und bezieht
in der energischen Ausnützung aller Rechte. Die Leute, die
auf eine „Revolution“, wie sie von ihnen verstanden wird, in
Hoffnungen setzen, meinen gar nicht, daß wir bereits seit Ja-
zehnten in der Revolution stehen. Ein Parlamentsregiment
dem anderen, ein Rathhaus nach dem anderen, eine Schulver-
schiebung nach der anderen wird von uns besetzt. Der Gewer-
schaftskampf bringt uns ebenfalls unseren Idealen immer
näher. Der Achtstundentag, vor zwanzig Jahren als
Utopie verschriert, rückt in allen Berufen seine
Verwirklichung näher und ist zum Teil schon ver-
wirklicht worden. Gleichzeitig nehmen unsere Genossen-
schaften mit immer wachsendem Erfolge den Konkurrenz-
kampf mit dem privaten Kapital auf. Dieser Entwicklung
wird keine Macht der Welt Einhalt gebieten und
sie wird auch für Preußen die Verhältnisse herbeiführen, die
1848 bereits einmal errungen, durch königlichen Treubruch
aber wieder beseitigt worden sind.

Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag
ließen die Arbeiterfänger die „Internationale“ folgen
und bei der begeisterten Aufnahme, die ihr Vortrag fand
folgte über das eigentliche Programm hinaus noch ein
driltes Lied, das von den Anwesenden ebenfalls dankbar auf-
genommen wurde.

Die Gemeindevahlen.

Der Montag hat uns zwei schöne Siege in Kahlen
und Cavallen-Friedewalde gebracht. In beiden
Orten ist es uns gelungen, je einen Sozialdemokraten ins Dor-
parlament zu wählen. Bisher waren wir dort nicht vertreten.
Nun müssen die Herren auf dem Lande mit uns rechnen und
unsere Vertreter werden auf dem Posten sein.

Am Montag hatte die Arbeiterschaft von Kahlen zu
entscheiden, ob ihre Forderungen in Zukunft von einem auf-
richtigen Arbeiterfreund vertreten werden sollen. Es war ihm un-
möglich, trotz des äußerst ungünstigen Wahltermins für ein Kan-
didaten zum Siege zu verhelfen. Schon bei der Wahl der Vor-
sitzer kamen die Genossen Wilhelm Rosa und Ernst Ruppelt
in der Wahlvorstand, aber der Wahlvorstand verweigerte
dem Genossen Ernst das Verbleiben des Wahllokals. Die Vor-
sitzer sagten: „Bitte, Herr Ruppelt, gehen Sie nach Hause, wir
sehen Sie nicht.“ Höflicher nahm Herr Rosa seinen Hut ab und
Deutsch-Bliss seinen Helm ab, um Platz zu nehmen. Doch er
er dazu kam, forderte der Wahlvorstand in seiner Mehrheit die
Gendarmen auf, das Lokal zu verlassen, und der Wahl-
vorsteher mußte ganz verbüßt zugeben, wie der Grund der
ungünstigen Stelle den Rücken lehnte. Und das mußte aus-
gerechnet dem Gendarm Kretschmer aus Deutsch-Bliss pas-
sieren. Das Ergebnis der Wahl waren 14 Stimmen für und 11
Genossen Ernst Ruppelt und 8 Stimmen für den Haupt-
poller Wilhelm Ruppelt. Die Wahl der 1. und 2. Klasse
wurde nachmittags 4 Uhr in Klein-Weidau vorgenommen.
Der Freischießklub wird zu entscheiden haben, ob dieses
Verfahren anständig ist.

Nachmittags 3 Uhr wurde in Cavallen-Friede-
walde gewählt, und die zahlreichen Arbeiter haben sich pflicht-
lich eingefunden. Es war das erste Mal, daß je sich an der
Gemeindevahl beteiligten. Hier konnte man so recht beobach-
ten, wie un bequem den Ortsarbeiten die Anwesenheit der Po-
lizeiarbeiter ist. Als Weisiger Vorsitz der Gemeindevahl zwei
Stellenbesitzer in den Wahlvorstand, einen Vorsitz der Ar-
beiter ließ er unbeachtet. Erst als sie erklärten, daß sie keine
nach Hause gehen werden, gab der Herr nach. Dadurch kamen
die Genossen S. David und P. Krause in den Wahl-
vorstand. Einer der durchgefallenen Weisiger, Herr Ruppelt,
erklärte resigniert: „Da hat ja der Gemeindevorsteher garnichts
mehr zu sagen.“ Ja, die schönen Zeiten sind vorüber, wo die
Gemeindevorsteher „einstimmig“ gewählt wurden. Unter
Kandidat, Genosse Paul Krause, erhielt 26 Stimmen, sein
Gegenkandidat Ruppelt 13 Stimmen; Krause ist also ge-
wählt. Die Wahl in der 1. und 2. Klasse war ohne Inter-
esse für uns; es waren nur einige Wähler erschienen. Herr
Drabe wurde mit drei Stimmen und Herr Viertel mit
einer Stimmenstimme gewählt.

In Klein-Weidau ging es am Montag auch sehr
eigenartig zu. Nach § 60 der Landgemeindeordnung muß die
Wahlversammlung zwei Weisiger wählen. In der Gemeindevahl
ließ einen Protokollführer wählen und nur einen Weisiger; dieser
war unter Genosse Sieb. Die Wahlversammlung sollte auch
nicht der Gemeindevorsteher oder ein von ihm bestellter Stell-
vertreter der Gemeindevorsteher sein. Der Gemeindevorsteher
Paul Gohl erhielt bei der Wahl 37 Stimmen, der bisherige
Vertreter Baumgart 17. Es sollte noch eine Ersatzwahl
vorgenommen werden für den verstorbenen Genossen Hoff-
mann, aber die Arbeiter verließen das Wahllokal und verweh-
rte die Wahl als ungültig ansetzten.

* Eine öffentliche Gemeindevahlversammlung wird
Donnerstag, den 21. März abends 8 Uhr im Lokale von Dir-
wanger in Klein-Cavallen abgehalten. Es gilt die Kandida-
daten zur Gemeindevahl aufzustellen. Redner ist Gen. Scholich,
der die Aufgaben der Sozialdemokratie in den Landgemeinden
beprechen wird.

* Für Pfarrer Traub. Die Vertreter der Reimholdi-Gemeinde
in Dortmund haben beschlossen, für ihren Seelforger
den Pfarrer Lic. Traub, alle Schritte zu tun, um die Strafbere-
chtigung zu hinterziehen, ihn der Gemeinde zu erhalten und das
Wahlrecht der Gemeinde gegenüber dem disziplinierten Pfarrer
zu bewahren.

* Ein Deserteur der Elfer? In der „Reißer Zeitung“
lesen wir: Eine unliebsame Ueberraschung erlebte Sonntag früh
der in dem früheren Chauffeegetel-Einnehmerhause auf der
Chaussee zwischen Grottau und Leppisch wohnende Säge-
werksarbeiter Schwarz, als er anstatt seines Sonntags-
anzuges einen Uniformrock und Tuchhose vierter Gar-
natur eines Soldaten vom Grenadier-Regiment Nr. 11 vorwand
Schwarz ist Jungeselle und bewohnt ganz allein das alleinstehende
Haus. Dieses steht auch den ganzen Tag über leer, da
Schwarz es früh um 6 Uhr verläßt und erst abends gegen
7 Uhr von der Arbeit zurückkehrt, wobei er stets den Haus-
schlüssel bei sich führt. Während seiner Abwesenheit ist wohl
ein Deserteur vom 11. Grenadierregiment, der mit den Verhält-
nissen vertraut gewesen sein mag, in die Wohnung eingedrungen
und hat sich dort aus einem Soldaten in einen Zivilisten ver-
wandelt. Während er seine Uniformstücke zurückgelassen
hat, hat er dem Schwarz einen braunen Ueberzieher mit
braunem Sammetragen, einen ganzen schwarze gestreiften Anzug
braunen weichen Hahnen, weißes Vorhemd mit tragen und
schwarzen Schlips gestohlen. Ebenso hat er alles vorhanden-
de und Kräftbare mitgenommen. Schwarz hat von der
Diebstahl-Sonnabend abends nichts gemerkt, weil er das Haus
wie gewöhnlich verschlossen fand und in der Wohnung nicht
Auffälliges bemerkt hatte.

Was sind die Ursachen des Cafekellner-Streits?

Seit einigen Tagen stehen die Kellner des Kaiser-Cafe, Ohlauerstraße 47, und des Cafe Geier, Gartenstraße 87, im Streit. Bis vor kurzem erschien es noch als unmöglich, daß Breslauer Cafekellner die Arbeit niederlegen und streiken könnten. Wie ist das gekommen? Diese Frage wird jetzt überall aufgeworfen. Die Antwort darauf gibt ein Flugblatt, das die Sektion der Cafe-Angestellten herausgegeben hat; es heißt darin u. a.:

„Seitens des Publikums wird vielfach vorausgesetzt, daß die Kellner neben ihren Trinkgeldern noch Lohn und Kost bekommen“, das ist nun leider nicht der Fall. Zunächst sind es die hohen Gebühren, welche dieselben an die Stellenermittler bezahlen müssen, um Arbeit zu erhalten; dann kommen Broende, Bruchgeld, Bezahlung der Bonbücher, Bezahlung des Hilfsvertrags usw., dafür keinen Pfennig Lohn, keine Kost. Bestürzen die Kellner Hunger oder Durst, müssen sie dieselben hohen Preise zahlen wie die Gäste.

Ein paar Worte dem Bruchgeld. Wird an Geheir und Bläsern etwas gebrochen, so muß an die Prinzipale mehr als das Doppelte dafür bezahlt werden, was es im Einkauf kostete. Was forderten nun die Ausständigen?

Abkündigung jedweder Procente und Bruchgelder, Bezahlung des geschmähten Teiles der Invaliden- und der Krankentafelbeiträge, Befristung während der Arbeitszeit, einen festen Monatslohn und Anerkennung ihres kostenlosen Arbeitsnachweises.

Diese wirklich sehr minimalen Forderungen lehnten die Herren Geier und Kauchberger rund ab.

Obwohl lehnten sie ab, mit den Vertretern der Organisationskommission darüber zu verhandeln; sie wiesen ihnen die Tür unter Androhung des Hausfriedensbruchs. Dies haben sich einige arbeitswillige Kellner gesunden. Sie können aber den Cafehausbesitzern nichts weiter nützen. Die Cafes brauchen in erster Reihe Gäste, und die sind in den letzten Tagen ausgeblieben, besonders am Sonntag. Gewiß, vor den beiden Cafes sah man viel Menschen, die sich verwundert fragten, was die Polizei eigentlich will. Raum war nämlich der Streit ausgebrochen, so bekam auch jedes Cafe seine Schutzmannsposten. Wer an den Cafes vorüberging, sah die Beamten, die teilweise zu Wieren und Jänken auf- und abgehen mußten, und jeder versuchte zu erforschen, was da los sei. So kam es wohl zu Ansammlungen auf der Straße, aber die Cafes blieben ziemlich leer und die Wirte machten lange Gesichter. Ja, die Arbeitswilligen helfen hier nicht und auch nicht die Polizei; das werden die Herren Cafetier Kauchberger und Geier noch recht deutlich zu spüren bekommen.

Der Streit hat sich einige arbeitswillige Kellner gesunden. Sie können aber den Cafehausbesitzern nichts weiter nützen. Die Cafes brauchen in erster Reihe Gäste, und die sind in den letzten Tagen ausgeblieben, besonders am Sonntag. Gewiß, vor den beiden Cafes sah man viel Menschen, die sich verwundert fragten, was die Polizei eigentlich will. Raum war nämlich der Streit ausgebrochen, so bekam auch jedes Cafe seine Schutzmannsposten. Wer an den Cafes vorüberging, sah die Beamten, die teilweise zu Wieren und Jänken auf- und abgehen mußten, und jeder versuchte zu erforschen, was da los sei. So kam es wohl zu Ansammlungen auf der Straße, aber die Cafes blieben ziemlich leer und die Wirte machten lange Gesichter. Ja, die Arbeitswilligen helfen hier nicht und auch nicht die Polizei; das werden die Herren Cafetier Kauchberger und Geier noch recht deutlich zu spüren bekommen.

Breslauer Adreßbuch. Der Nachtrag zum Adreßbuch 1912 erscheint Mitte April und wird an alle Abnehmer der Hauptausgabe unentgeltlich abgegeben. Zur Erreichung größter Genauigkeit und Vollständigkeit werden alle Beteiligten gebeten, Anmeldungen für den Nachtrag möglichst umgehend, spätestens bis zum 3. April, der Redaktion des Adreßbuches, Junkerstraße 41/43, an der Schreibstube, zugehen zu lassen. Besonders betriebe man, bis zu diesem Tage Mitteilung zu machen von Wohnungs- und Grundbesitz-Veränderungen, die seit dem Erscheinen des Buches eingetreten sind, und noch nicht berücksichtigt sind, oder zu einem jetzt schon feststehenden Zeitpunkt im laufenden Jahre eintreten werden. — Eine beträchtliche Anzahl von Exemplaren des Jahrganges 1912 ist noch in der Expedition, Junkerstraße 41/43, zu haben.

Branchenversammlung der Klempner. Die Sektion der Klempner hielt am Montag im Gewerkschaftshause eine Versammlung ab, in der die tarifmäßige Lohnherabsetzung, die am 1. April 1912 einzutreten hat, besprochen wurde. Gemäß dem im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifvertrag sind die Löhne um zwei Pfennige pro Stunde zu erhöhen, und zwar in der Weise, daß Ausgelernte im ersten Gesellenjahre 43 Pfennige, im zweiten 46 Pfennige und im dritten Jahre 50 Pf. Stundenlohn zu erhalten haben. Kollege Schneiderwind gab nähere Aufklärung und forderte die Kollegen auf, der Ortsverwaltung sofort Mitteilung zu machen, wo der tarifmäßige Lohn nicht gezahlt wird. Es liegt im Interesse der Arbeiter wie auch der Innung, daß die tariflichen Abmachungen eingehalten werden.

Die Ballettängerin in der Küche. Vor dem Gewerbegericht spielte sich in der letzten Sitzung ein heiterer Zwischenfall ab. Als Klägerin trat ein junges Küchenmädchen auf, als Beklagter der Inhaber eines Cafes. Die Klägerin behauptete, ohne jeden Grund entlassen worden zu sein und erfordere deshalb Lohnansprüche. Der Beklagte dagegen erklärte, das Mädchen nicht entlassen, wohl aber Gründe zur Entlassung gehabt zu haben. Die Klägerin hatte Wohnung im Hause des Dienstherrn, nebenbei auch ein Wohnquartier, in das sie immer von der Küche aus Pakete schickte. Wenn auch ein bestimmter Verdacht nicht ausgesprochen werden könne, so bleibe es doch merkwürdig, daß eine Angestellte eine Privatwohnung inne hat, die sie nicht braucht. Aber das wäre immer noch nicht ausschlaggebend gewesen. Wenn eine Person sich in der Küche den Heberod auszieht und in Reformhosen einen Tanz aufführt zum Gaudium des ganzen Personals, dann könne man sie nicht länger im Dienst behalten. So schloß, meinte die Klägerin, ist die Sache mit dem Tanz nicht gemein. So tanzten die Mädchen gar oft; das sei noch kein Grund zur Entlassung. Es hat sich niemand gegürt; gestört haben sich alle. Unehrlächlich lasse sie sich nicht vorwerfen. Was sie nach Hause schickte, habe jeder gesehen. Entlassen sei sie worden; die Frau des Werkleuten habe sie hinausgeworfen und der Beklagte habe ein Vorhängeschloß vor ihrem Zimmer angebracht. Der Vorsitzende Dr. Braedlein wollte gern eine Ermüdung erreichen, aber der Cafetier wollte nicht. Das Mädchen wurde abgewiesen, weil es ihm nicht gelang, die Entlassung nachzuweisen.

Jugendliche Einbrecher. Der Anstreicher Robert Luda, der Hausknecht Paul Jäger und der Arbeiter Geora Czaja, alle in Breslau, hatten sich am Montag vor der hiesigen zweiten Strafkammer wegen schweren Diebstahls im Rückfalle zu verantworten. Die durchweg jugendlichen Angeklagten verabredeten sich am 6. Februar 1912 zu einem gemeinschaftlichen Einbruch in das auf der Salzstraße gelegene Kneiplokal der Studentenverbindung „Palatia“. Dieser Vorfall wurde auch ausgeführt; die Haus- und Entreeüren öffneten die Wirtin mit Sperchen und drangen so in das Lokal ein. Dort sprengten sie einige Schränke und entwendeten daraus mehrere Kisten mit Zigaretten und 33 Mark bares Geld. Nachdem die Einbrecher mit dem vorhandenen Brote noch einen kleinen Kneipabend veranstaltet hatten, verließen sie geräuschlos den Schauplatz ihrer nächtlichen Tätigkeit. Luda wurde jetzt zu einem Jahre und einer Woche Gefängnis, Jäger zu fünf Monaten und Czaja zu vier Monaten verurteilt. Luda wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre aberkannt.

Selbstmord. Am Dienstag vormittag um 5^{1/2} Uhr schob sich der 34 Jahre alte Bankbeamte Gustav Sch., der Lessingstraße Nr. 11 wohnte, aus einem Revolver eine Kugel in die Brust. Die den sofortigen Tod herbeiführte. Die Leiche wurde nach der Anatomie geschickt. Sch. hat schon öfters Selbstmordgedanken geäußert. Es ist anzunehmen, daß Liebeskummer der Grund zu der Tat gewesen ist.

Geht in den Frauen-Abend!

Die weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins werden nochmals daran erinnert, daß Donnerstags tag der neunte Frauenabend in folgenden Lokalen abgehalten wird:

- Milde, Gräblichenerstraße 74,
- Schweizerhof, Schwellhoferstraße 23,
- vorn. Casperke, Matthiassstraße 38,
- Fischer, Michaelisstraße 26,
- Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 1,
- Restaurant Bohrauerstraße 70,
- Mikulle, Köpeltwischstraße 23,
- Jahn, Schönstraße 21.

Nebsther sind die Genossinnen Lehrens, Sellrich und Sawatsch und die Genossinnen Frey, Kurth, Müller, Oskonsky und Weisert.

Zutritt zum Frauenabend haben nur Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins, deshalb ist es notwendig, die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Zwei Protest-Versammlungen

werden heute und morgen abgehalten. Heute abend 8 Uhr wird im großen Saale des „Kronprinzen“, Westendstraße Nr. 50/52, eine öffentliche Versammlung gegen die Ausnahmesteuerung der Konsumvereine abgehalten.

Morgen Mittwoch abend im Gewerkschaftshause handelt es sich um eine Kundgebung gegen die Rentenquetscherei der Landesversicherungsanstalt Schlesiens, die alljährlich tausenden von armen Männern und Frauen zum Verderben gereicht.

Gewerkschafter, Genossenschaftler, Parteigenossen! Es sind hochwichtige Fragen, über die in beiden Versammlungen verhandelt werden soll. Sorgt darum für Massenbesuch!

An die Lokalverwaltungen der Gewerkschaften! Wir verweisen auf den Aufruf der Nr. 9 des Korrespondenzblattes und bitten, unverzüglich mit den Sammlungen für die ausgesperrten Porzellanarbeiter zu beginnen. Die Sammellisten sind bereits an die einzelnen Gewerkschaften versandt worden. Bei weiterem Bedarf wende man sich an das Kartellbureau, Nikolaistraße 18/19, 1. Genossen! Von 17 000 Mitgliedern des Porzellanarbeiter-Verbandes sind 8500 ausgesperrt. Diese Tatsache ist der beste Beweis dafür, daß die Unternehmer der Porzellanindustrie einen Verzichtungsplan gegen die Organisation der Arbeiter führen wollen. Wir appellieren deshalb an die altbewährte Solidarität aller klassenbewußten Arbeiter, um die dunklen Pläne der Unternehmer zu durchkreuzen und den ausgesperrten in ihrem schweren Kampfe zu helfen.

Transportarbeiter-Verband. Donnerstag, den 21. März, abends 8 Uhr, im großen Saale der Union-Zeitung, Neufeststraße 51 (Nicolaihof): Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Beiprehung der Tagesordnung des 8. Verbandstages in Breslau. 2. Stellung von Anträgen zum Verbandstag. 3. Aufstellung von Kandidaten zur Delegiertenwahl. 4. Mitteilungen. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen, da es zum Eintritt legitimiert.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen. Mittwoch, den 20. März, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 3/4, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschichte und Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Referent: Kollege Fr. Neust. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Die internationale abolitionistische Föderation (Zweigverein Breslau) veranstaltet am Donnerstag, den 21. März, 8^{1/2} Uhr abends, in der Aula des Magdalenen-Gymnasiums eine Versammlung, in der Schwester Alexander, die frühere Stuttgarter Polizeiaffizientin, über das Thema: „Water Staat und Prostitution“ sprechen wird. Da die Rednerin in ihrer Eigenschaft als erste deutsche Polizeiaffizientin viel Erfahrungen auf diesem Gebiet gemacht hat, dürften ihre Ausführungen viel Teilnahme hervorrufen. Gäste haben Zutritt.

Die „Freie Turnerschaft Breslau“ hält Mittwoch, den 20. März, bei Wilde, Gräblichenerstraße 74, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Turngenosse Schramm spricht über: Die Turnhallenfrage und der Magistrat. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß alle Mitglieder erscheinen. Die Mitgliedskarte dient als Ausweis.

Gewerbe-Inspektion. Nach einer Bekanntmachung des Ministers für Handel und Gewerbe umfaßt vom 1. April 1912 an die Gewerbe-Inspektion Breslau-Dst die Polizeireviere 2, 3, 4, 7 bis 15, 17 und 27 und die Gewerbeinspektion Breslau-Wst die Polizeireviere 1, 5, 6, 16, 18 bis 26 und 29.

Verlegung von Steuerzahlstellen. Sonnabend, den 23. März, werden verlegt: von Sternstraße 90 nach Lehndamm 48 die Zahlstelle III und von Kleine Scheitnigerstraße 2 nach Paulstraße 12 die Zahlstelle IV.

Vom Schlachtviehmarkt. Vom Montag den 1. April ab beginnen der Schlachtviehmarkt und die Schlachtungen auf dem Schlachthofe an den Hauptmarkttagen für Kleinvieh um 8^{1/2} Uhr, für Großvieh um 7 Uhr vormittags, an den übrigen Markttagen für alle Viehgattungen um 7 Uhr vormittags.

Durchgegangenes Gespann. Am Montag vormittag gegen 11 Uhr scheuten plötzlich die Pferde eines auswärtigen Fuhrwerks, die der Kutscher auf der Dönerstraße für wenige Augenblicke hatte aufsitzen lassen, und rasten die Dönerstraße in der Richtung nach der Tauerhienstraße entlang. Sie gerieten mit dem Gesicht in dem ein Rad saß, auf den Bürgersteig. Ein Gaslaternenständer und ein Wasserdruckständer wurden umgefahren, bis es schließlich gelang, das Gespann kurz vor der Einmündung in die Neue Tauerhienstraße aufzufassen. Der Wagen wurde arg beschädigt. In der Aufregung zog ein Vorübergehender den auf dem Hause Dönerstr. 12 angebrachten Feuerwehrring ab, so daß die Feuerwehr am Tage erschien, die jedoch bald wieder abziehen konnte. Als ein Glück ist es zu betrachten, daß bei der rasenden Fahrt Straßengänger nicht verletzt worden sind.

Fahrraddiebstähle ohne Ende. In den letzten Tagen wurden wieder nachstehend verzeichnete Fahrräder gestohlen. Am 2. d. Mts. ein Fahrrad Ulla Nr. 33.753, am 3. d. Mts. ein Fahrrad Delma mit schwarzen Felgen mit grünen Streifen, aus dem Hause Neue Tauerhienstraße 24 am 3. d. Mts. ein Fahrrad Brennabor mit schwarzen Felgen mit blauen Strichen, am 10. d. Mts. aus dem Hause Franzfurterstraße 174 ein Fahrrad Pfeil mit schwarzen Felgen und Korngreifen, aus dem Hause Ohlauerstraße 14 am 11. d. Mts. ein Fahrrad Stovers Dreifach Nr. 57.878, an demselben Tage aus dem Hause Kleine Grotzschene gaffe 88/89 ein Fahrrad Cito mit Korngreifen und Cackblattern, vor einem Grundstück in der Weißen Ohle am 12. d. Mts. ein

Fahrrad Montblanc Nr. 70856 mit schwarzen Felgen mit grünem Strich, an demselben Tage aus dem Hause Friedrich Wilhelmstraße 75 ein Fahrrad Opel Nr. 867.284, gelbe Felgen, ebenfalls am 12. d. Mts. aus dem Hause Weihenburgerplatz 5 ein Fahrrad Diamant mit schwarzen Felgen mit orangen Strichen und endlich am 13. d. Mts. aus dem Hause Schmiedebriicke 43 ein Fahrrad Simon mit zwei verschiedenen Pedalen und gelbem Vorderradmantel.

Verhaftung wurden ein Tauernrad „Primus“ Nr. 74571, das vor längerer Zeit von einer unbekannter etwa 20-jährigen Frauensperson in einem Hof auf der Schein, verstrast einsteckt wurde und ein Herrenrad „Wörde Westfalen“ mit gelben Holzfelgen, das ebenfalls vor längerer Zeit in einer Restauration auf der Herderstraße zurückgelassen worden ist. Es ist anzunehmen, daß beide Fahrräder von Diebstählen herrühren; die Eigentümer werden erucht, sich im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums zu melden.

Geunden wurden zwei Schaufeln, ein Sack Weizenmehl, eine Brille, drei Portemonnaies mit Inhalt, ein halbes Duzend schwarze Kinderbüchsen, zwei goldene Trurringe, zwei Augenklappen mit Goldfassung eine Reizecke, ein Damenschirm, ein Hundertmarkschein, ein Schlüsselbund. — Zugelassen ist ein japanischer Pinsel. Zu ertragen im Landbureau des Polizeipräsidiums.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Zum Kampf gegen das Haselbockbier!

In welcher Weise der Arbeiterschaft bei ihren Bestrebungen in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte, zu denen bekanntlich auch das Koalitionsrecht gehört, Hindernisse bereitet werden, dafür einen drastischen Beweis.

Der Namslauer Bierkellner Caselbach hat bekanntlich seine sämtlichen Arbeiter entlassen, die dem Verbands begetreten waren. Den Kampf hat also Herr Caselbach selbst provoziert. Jetzt greift auch die Polizei und bestrebt in bekannter Weise in den Kampf mit ein. Der Wirt, wo die ausgesperrten ihre Besprechungen abhalten, wurde vom Bürgermeister bestellt; dort wurde ihm gesagt, wenn er den Arbeitern das Lokal weicher zur Verfügung stellt, werde ihm die Konzession entzogen. Dauerlicherweise folgte der Wirt diesem Druck und verweigert den ausgesperrten den Aufenthalt in seinem Lokal. Auf diese Weise glaubt man die Arbeiter gefügig zu machen; denn Herr Caselbach soll stark in der Klemme sitzen. Er möchte gern die Arbeiter wieder haben, natürlich mit, wenn er dem Verbands den Rücken kehren. Also zu Kreuz stehen sollen die Arbeiter, die sollen Herrn Caselbach bitten, um wieder für 12 bis 11 Mark die Woche beschäftigt zu werden. Das ist der Wunsch dieser Herrschaften. Nun ist die Rechnung aber falsch. Die Pöbel hat der Brauerei oder dem Haselbockbier einen köstlichen Dienst erwiesen. Je mehr in Namslau terrorisiert wird, um so nachhaltiger wird der Verlust der Arbeiterschaft geführt werden. Das Haselbockbier wird sicherlich den Geschmack beim Publikum nach diesen Vorgängen nicht erhöhen.

Neueste Nachrichten.

Der neue Präsident.

Berlin, 19. März. Zum Präsidenten der neuen Reichsversicherungsanstalt ist der Herrine Oberregierungsrat Koch aus dem Reichsausschuss des Innern gewählt worden.

Streikbewegung im Wurmrevier.

Moskau, 19. März. (P. L. A.) Im Wurmrevier haben die Bergleute am Sonntag wieder eine Reihe von Versammlungen abgehalten, um über die Lage zu beraten. Man kam schließlich nach oft recht erhitzen Debatten dahin überein, eine Antwort der Grubenbesitzer auf die gestellten Forderungen bis zum kommenden Mittwoch abzuwarten. Ist bis dahin von den Grubenbesitzern und Gewerkschaften eine befriedigende Antwort nicht eingetroffen, oder sind die gestellten Forderungen von den letzteren abgelehnt worden, so soll dann unverzüglich in den Streik eingetreten werden. Die sozialdemokratischen Bergarbeiterverbände fordern 15 Prozent Lohnerhöhung, während der christliche Bergarbeiterverband nur eine 10-prozentige Lohnerhöhung beanprucht. Die anderen gestellten Forderungen, denen sich auch die christlichen Bergarbeiterverbände angeschlossen haben, betreffen den Wunsch nach einer dreimonatigen Lohnauszahlung im Monat, nach einem achttägigen Arbeitszuge und eine toleranter Regelung der Strafverhältnisse durch die Arbeiterausschüsse. Der Eisenwerk Bergwerksverein hat ab 1. April eine 5-prozentige Lohnerhöhung angekündigt.

Die Justiz im Ruhrrevier.

Bochum, 19. März. Bei der hiesigen Staatsanwaltschaft sind bisher ungefähr 180 Strafanzeigen wegen Streikvergehens anhängig gemacht worden. Die Zahl der bereits erbobenen Anklagen beträgt 97. Sämtliche Streikfachen werden von einem am 25. d. Mts. eigens für diesen Zweck zusammengesetzten Gerichtshof, einer Strafkammer, abgeurteilt werden, die übrigens nur Streikfachen erledigt.

Der Abolitionist muß ins Parlament.

Paris, 19. März. „Matin“ berichtet aus Limoux: Nachdem der Abolitionist Vedrines seine Kandidatur für den Senat nicht durchzubringen vermochte, sondern seinem Gegner Vonnail unterlag, haben ihm nunmehr seine Freunde eine Kammerkandidatur angeboten und zwar soll der Jäger in Ligandieren, da dort die Stimmung für ihn eine günstigere sein soll, und seine Wahl ziemlich bestimmt erfolgen würde. Die Anhänger Vedrines haben eine Protestnote gegen die Wahl von Vedrines Gegner zum Senate ausgearbeitet, um eventuell auch im Departement Vande eine Neuwahl zu erzwingen. Vedrines selbst hat gegen seinen Gegenkandidaten eine Klage wegen Wahlfälschungen eingereicht.

Selbstmordversuch Dalbas im Untersuchungsgefängnis.

Rom, 19. März. Die gestrigen Abendblätter melden, der Abolitionist Dalba, der vorige Woche mehrere Schiffe auf den König Viktor Emanuel von Italien abgab, sein Ziel aber verfehlte und nur den Major Lang verwundet, habe gestern im Untersuchungsgefängnis, in dem er bis zu seiner Aburteilung interniert ist, einen Selbstmordversuch begangen, nach dem der Gefängniswärter bei ihm in der Zelle verstreut zwei Tausendlire Scheine gefunden habe. Die Herkunft des Geldes ist noch nicht ermittelt. Dalba selbst verweigert hierüber jede Auskunft.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 19. März.
Bergarbeiter-Verband. Versammlung im großen Saal.
Bauarbeiter. Versammlung im Zimmer 1.
Steinarbeiter. Versammlung im Zimmer 3.
Mittwoch, den 20. März.
Gewerkschafts-Kartell großer Saal.
Radfahrer. Versammlung im Zimmer 1.
Branntwein-Verband. Versammlung im Zimmer 2.
Handlungsgehilfen. Versammlung im Zimmer 3.

Abzahlungsgeschäfte

Möbel u. Waren-Anstaltungsgehand...

Adolf Schröter, Kaufmann...

Zum Blücher

Alkoholfreie Getränke

Bilz-Sinalco

Thomas Brause, Weinhandlung...

Bäckereien und Konditoreien

Bader, August, Bäckerei...

Badeanstalten

Bandagisten

Fritz, W., Schuhmacher...

Rein, Joh., Schmiedebildner...

Berufskleidung

Julius Henel, v. Fuchs...

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

Brauerei Rannach, zum Flugbaum...

Brauerei Saccon, G. M. H. H.

Genossenschaft-Brauerei, Edelweiss...

Hopf & Götcke Jubiläum-Bier...

Blumenhandlung und Kränze

Blusen u. Kostümröcke

Café

Damen-Konfektion

Rösel, Felix, Schuhmacher...

Drogen und Farben

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Er erscheint 3 mal wöchentlich

Hepfner & Urner, vorm. Gebr. Hof...

Friseure und Barbieri

Fleischerelern u. Wurstfabriken

Barth, Gustaf, Dummetz 16.

Barth, Paul, Zehnerstrasse 18.

Barth, Adolf, G. Schneider, Dummetz 17.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Barth, Mar., Behrstrasse 83.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Haus- u. Küchengeräte Glas- u. Porzellanhdlg.

Bayer, S., Teichenstraße 1

Herm. Sachs Nachf., Adalbertstr. 20

Hängelampen, Tischlampen etc.

Herren-Garderobe

Friedländer, Herrn. v. d. Reichenstr. 11

Kuauerhase, W. 16, Waisenstraße 16

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Meißner, Gebr., Adalbertstr. 40

Hillmann Malzkaffee

der Reichelstraße 10, Breslau

Manufaktur-Modewaren

Feige, Ann., Königsplatz 49

Masken- u. Theat. Verleih-Institut

Schliva, Rudolf, Oskar

Milch- und Butterhandlungen

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

Wollf, Josef, Friedrichstr. 4

2. Beilage zu Nr. 67 der „Volkswacht“.

Wittwoch, den 20. März 1912.

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung, Montag, den 18. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Dr. Delbrück.
Die zweite Beratung des Etats des Reichsamt des Innern wird fortgesetzt, beim Reichstag.

Reichsschulkommission

Der Antrag (Brecht) (Soz.) auf Ausbau der Reichsschulkommission zu einer Reichsschulverwaltung.

Abg. Dr. Brecht (Zentr.) bekämpft den Antrag, da er eine Verfassungsänderung nötig machen würde. Die Schulgesetzgebung, welche die Sozialdemokraten auch für die höheren Schulen wollen, würde zu ungeheuren neuen Steuern führen. Die Religion darf aus der Schule nicht verbannt werden, sonst wird das Volk demoralisiert. Es ist ein heiliger Krieg, den wir führen, um unsere Kinder vor dem Umsturz zu bewahren. (Bravo im Zentrum.)

Abg. Reinarth (natl.) tritt für Beibehaltung des Einjährig-Freiwilligenwesens auf der Schule ein und wendet sich gegen den Antrag der Sozialdemokraten, weil auf dem Gebiet der Schule keine Zentralisation geschaffen werden dürfe.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.): Die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst müsste neben der wissenschaftlichen Prüfung auch an eine Prüfung der körperlichen Eignung gebunden sein. Dann würden unsere Schulen weit mehr Zeit auf die körperliche Ausbildung verwenden. Jetzt sind nur 30 Prozent der zum einjährig-Freiwilligen dienenden überhaaupt militärfähig; das ist die stärkste Verurteilung der körperlichen Erziehung auf unseren Schulen. (Zustimmung b. d. Sp.)

Abg. Bruchhoff (Wp.) bekämpft den sozialdemokratischen Antrag, die Schule müsse Sache der Einzelstaaten bleiben. Durch die Befehlsgewalt kann ein Bildungsminimum nicht geschaffen werden, denn Bildungsfragen sind Persönlichkeitsfragen. Die Volksschule braucht auch den Religionsunterricht. (Lebhafte Zustimmung rechts und b. d. Sp.) Das sage ich als fortschrittlicher Lehrer, denn es hat mit fortschrittlicher Politik nichts zu tun. (Sehr wahr! b. d. Sp.)

Abg. Schulz (Soz.): Dr. Brecht steht zwar 38 Jahre im höheren Schulwesen, wie er selbst sagte, kennt aber trotzdem die Höhe des höheren Schulwesens sehr wenig, sondern hat sich in eine gewisse Fachverbohrtheit verannt. Somit müsste er erkennen, wie der Aufbau und die Entwicklung des höheren Schulwesens durch das Einjährig-Freiwilligenwesen gehemmt wird. Er so wie die anderen Redner fürchten von einem Reichsschulgesetz eine Schablonisierung. Wenn das richtig wäre, müsste es doch auch von einem Landesgesetz gelten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Selbstverständlich verlangen wir die Schule ohne Religion, aber damit wollen wir doch nicht die Religion und Gott abschaffen. Wir wollen niemanden seine Religion rauben, aber auch unsere religiösen Anschauungen nicht verewaltigen lassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Unentgeltlichkeit der Einheitschule, die wir wünschen, würde natürlich erhebliche Kosten verursachen. Aber die Millionen und Milliarden für ein gut organisiertes Schulwesen würden nicht schlecht angewendet sein, sondern dadurch würde auch die Wehrfähigkeit des Volkes wesentlich gestärkt werden. (Zustimmung bei den Soz.) Herr Bruchhoff scheint mit den Bekehrten des Deutschen Lehrervereins nicht vertraut zu sein. Er scheint auch nicht klar darüber, dass unser Antrag auf Erlass eines Reichsschulgesetzes jetzt nicht zur Debatte steht, sondern lediglich unsere Resolution auf Errichtung eines Reichsschulamtes, die nötig ist, weil ja die Reichsschulkommission leider gar keine Befugnisse hat. Wir haben in unserer Resolution ausdrücklich keine speziellen Aufgaben genannt, damit der Reichstag dem Prinzip der Errichtung eines Reichsschulamtes zustimmen kann. Wenn er das nicht tut, werden die Lehrer erkennen, wer mit ihren Forderungen hier am entschiedensten ernst machen will. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Mumm (Wirtsh., Wg.): An den Ausführungen des Herrn Bruchhoffs hätte ich nicht viel zu kritisieren. Feststellen muss ich aber, dass die Sozialdemokraten nach ihrem Programm alle Eltern zwingen wollen, ihre Kinder in religionslose Schulen zu schicken. (Abg. Wankusch (Soz.): Sie wissen ja gar nicht, was im Entwurf Programm steht.) Ich kenne es halb auswendig. (Peinlichkeit.)

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird angenommen, die Resolution Brecht (Soz.) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Zum Kapitel

Bundesamt für das Heimatwesen

Abg. Dietz-Constanz (Zentr.) eine Resolution, die wirksame Maßnahmen gegen die durch das bandenweise Herumziehen der Zigeuner entstehenden Belästigungen der Landbevölkerung verlangt.

Staatssekretär Dr. Delbrück teilt mit, dass die Grundlagen für gleichmäßige Anordnungen über die Behandlung der Zigeuner geschaffen seien.

Abg. Rupp (Wirtsh., Wg.) wünscht besonders scharfes Vorgehen gegen ausländische Hausierer.

Die Resolution Dietz wird angenommen.

Es folgt das Kapitel

Ausführung des Kaltegesetzes.

Dazu beantragt die Kommission 1. den Reichskanzler zu ersuchen, gemäß § 22 des Kaltegesetzes als vierte Auswahlsituation für die Berechnung der Frachten Mülhhausen i. E. festzusetzen. Ein Antrag Köber (Wp.) will statt Mülhhausen, Straßburg setzen. 2. Den Reichskanzler zu ersuchen möglichst bald einen Entwurf vorzulegen, der

a) den § 13 des Gesetzes über den Abzug von Kalifalgen zuzusetzen, dass die Durchschnittslöhne der in jedem Betriebe beschäftigten Arbeitergruppen sofort nach der Feststellung durch öffentlichen Anschlag in dem Betriebe bekannt gegeben werden;

b) dem § 19 zuzusetzen, dass alle Quotenübertragungen sofort nach der Vereinbarung der Bergbehörde angefertigt und vier Wochen durch öffentlichen Anschlag auf dem übertragenden Werke bekannt gemacht werden;

c) den § 27 dahin abändert, dass ein Teil der in die Reichskasse fließenden Abgabe der Reichskasse verbleibt.

3. Den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag alsbald eine Denkschrift über die nach § 13 des Kaltegesetzes festgesetzten Durchschnittslöhne 1907-1909 und regelmäßige Arbeitszeit 1909 der Kaliverke sowie den Wortlaut der nach § 16 des Kaltegesetzes abzuschließenden Tarifverträge vorzulegen.

Ein Antrag Behrens (Wirtsh., Wg.) ersucht den Reichskanzler anzuordnen, dass die alljährlich von der Verteilungsstelle nach § 13 des Kaltegesetzes festgestellten Durchschnittslöhne und die regelmäßige Arbeitszeit der in jedem Kaliverke beschäftigten Arbeitergruppen sofort nach der Feststellung und die im Berichtsjahre neu abgeschlossenen oder abgeänderten Tarifverträge veröffentlicht werden. (Zunächst im Reichsarbeitsblatt.)

Abg. Koch (Soz.): Die Abhängigkeitsverhältnisse in der Kalindustrie waren ganz unbillig geworden. Ein Teil der Industriellen schloß sich dem Syndikat nicht an und zwischen ihnen und dem Syndikat kam es zu heftigen Zusammenstößen. Die Verhältnisse waren ähnlich wie zwischen den drei kämpfenden Bergarbeiter-Organisationen und den christlichen Gelben, die ihren Brüdern in den Rücken fielen. Aber hier handelt es sich nicht um Arbeiter, die um menschenwürdige Lebensverhältnisse kämpfen, sondern um den Profit der Arbeitgeber, und daher nahmen die Reaktionen und die Vertreter der bürgerlichen Parteien

eine ganz andere Stellung ein. Von der Begeisterung der Freiheit der Streikbrecher von der moralischen Unterstützung über den Terrorismus der Streikenden war keine Rede, niemand dachte daran, gegen den Terrorismus des Kalisyndikates etwa die Polizei anzusetzen. Im Gegenteil, die Herren von der Rechten, vom Zentrum und die Nationalliberalen schlugen sich auf die Seite des Syndikates und beizten sich, ein Geleitzustande zu bringen, das den Terrorismus des Syndikates stärkte und die Industriellen, die sich dem Syndikat nicht angeschlossen hatten, zu diesem Anschluß zwang, und so hat das Syndikat eine Herrschaft errungen, jedoch nicht aus eigener Kraft, vielmehr beruht sein stolzes Gebäude auf der durch das Kaltegesetz geschaffenen Grundlage. Deshalb können wir auch nicht sagen, dass Reich soll sich um diese Verhältnisse möglichst wenig kümmern und alles dem Syndikat überlassen. Wir haben vielmehr die Pflicht, darüber zu wachen, dass das Kalisyndikat den Gebrauch von dem Geleitzustande, den der Geleitzustand beabsichtigt hat. Von diesem Gesichtspunkt nehmen wir zu den vorgeschlagenen Resolutionen Stellung.

Unders liegt es mit den sogenannten Propagandabagelern. Nach § 27 des Kaltegesetzes muss jeder Kaliverksbesitzer für jeden Doppelzentner, den er abgibt, eine Abgabe von 60 Pf. in die Reichskasse entrichten, und diese Einkünfte sind für Propaganda zur Behebung des Kalifalgenes zu verwenden. Der Reichstag hat die Kalisyndikatsstellen zu dieser Abgabe für den Zweck der Propaganda zur Behebung des Kalifalgenes gezwungen, und deshalb hat er auch die Verpflichtung, darüber zu wachen, ob die Gelder für diesen Zweck verwendet werden. Die Öffentlichkeit muss unumkehrbar darüber Aufklärung erhalten, als das Institut für das Gärungsgewerbe, das 1.000 Mark erhielt, in enger Beziehung zu dem Brauer- und Brennergewerbe steht, das doch wirklich keinen Anspruch auf eine Ertragsunterstützung vom Staate hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Wir erstreben die Monopole nicht etwa als reine Finanzquelle. Wir denken nicht daran, sie ihnen (zum Zentrum) darzubringen, damit sie von der Erbschaftsteuer loskommen. (Sehr gut! b. d. Sp.) Wir würden nur dann für ein Monopol eintreten, wenn die Erbschaftsteuer zur Verminderung der Verbrauchsteuern und der Zölle auf Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter oder für soziale Zwecke verwendet würden. (Lebh. Beifall! b. d. Sp.)

Unterstaatssekretär Richter: Wir müssen erst die Wirkungen des Gesetzes abwarten, ehe wir eine Denkschrift darüber vorlegen. Auch können wir nicht jetzt schon an einem Gesetz herumdozieren, das erst 1910 erlassen ist; auch hier müssen wir erst die Wirkungen abwarten.

Abg. Bärwinkel (natl.): Das Kaltegesetz sollte nicht dem Profit der Unternehmer dienen, wie Herr Koch sagte, sondern der Verhinderung der Kalifalgen, entgegenzusetzen. Von Kalischierngebern kann, nachdem das Reichsamt des Innern die Verwaltung der Gelder hat, keine Rede mehr sein.

Abg. Behrens (Wirtsh., Wg.) tritt für seine Resolution ein. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluss 7 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Montag einen sogenannten großen Tag. Auf der Tagesordnung standen die fünf von den Konservativen, Freikonservativen, Fortschrittlichen, Nationalliberalen und vom Zentrum eingebrachten Interpellationen über den Bergarbeiterstreik. Am Ministertisch war neben dem Handelsminister Sydow auch der Minister des Innern, Herr v. Fallwitz, erschienen, der seit langen Wochen wegen Erkrankungen den Verhandlungen des Hauses ferngeblieben ist.

Die Sitzung nahm einen ungewöhnlich stürmischen Verlauf. Der Präsident sorgte nicht mit Ordnungsrufen gegen die Sozialdemokraten. Allerdings bekam keiner von ihnen das Wort, aber die fortgesetzten Provokationen von der Rechten und vom Ministertisch mehr als einmal den berechtigten Unwillen unserer Genossen hervor, der sich dann in lebhaften Zwischenrufen Luft machte.

Zunächst begründete der konservative Abg. Stoffer die Interpellation seiner Freunde. Seine Ausführungen liefen im wesentlichen darauf hinaus, dass die Sozialdemokraten den schlimmsten Terrorismus gegen die arbeitswilligen Mitglieder der christlichen Organisation ausüben und dass es höchste Zeit sei, endlich ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen zu erlassen.

Noch schärfer drückte sich der freikonservative Abg. Freiherr von Jeditz aus, der von einer vermittelnden Tätigkeit der Regierung nichts wissen will, weil das lediglich Nahrung für die Bestrebungen der Sozialdemokratie sei. Selbstverständlich billigte Herr von Jeditz die Requirierung des Militärs, ja er verlangte sogar, daß auch nach Schließen seitig Militär einrückt, um, falls es dort zum Streik kommt, die Arbeitswilligen zu schützen. Seine Rede, die von Blutvergießen nur so überfloß, gipfelte ebenso wie die des Konservativen in einer Forderung der Verrückung der Gesetzgebung.

Nach Jeditz kam Dr. Friedberg (natl.) zum Wort. Auch dieser Herr zerrte genau so wie die Konservativen über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten. Er verneint, daß überhaupt ein Grund zum Streik vorzulegen habe, da die Löhne sehr hoch seien, und gibt der Ansicht Ausdruck, daß es sich nur um eine Nachprobe handele, durch die die Sozialdemokraten den christlichen Verband vernichten wollen. Er schloß seine Ausführungen mit einem warmen Dank an die Regierung für die Herbeiführung des Militärs.

Auf einen anderen Standpunkt stellte sich Dr. Bachnick (Fortschrittler), der Licht und Schatten auf beide Seiten gleichmäßig verteilte. Allerdings meinte auch er, daß seitens der Sozialdemokraten Terrorismus geübt werden, sagte aber hinzu, daß die Konservativen einen weit schlimmeren Terrorismus treiben und bewies dies durch zahlreiche Beispiele. Gegen eine Verrückung der Gesetzgebung er sich entschieden, da nach seiner Ansicht die gesetzlichen Bestimmungen ausreichen.

Als letzter Interpellant endlich erhielt das Wort Abgeordneter Imbusch vom Zentrum, einer der christlichen Gewerkschaftsführer, der seine Hauptaufgabe in allerhand Angriffen auf den alten Verband und auf die Sozialdemokratie erblickte und seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß das Militär erst so spät herbeigeht worden sei.

Beantwortet wurden die Interpellationen von dem Handelsminister Sydow, der im wesentlichen das selbe sagte, wie im Reichstage und vom Minister des Innern v. Fallwitz, dessen Ausführungen alles bisher Gesagene in den Schatten stellten. Er gab zu, daß schon seit langer Zeit für die Industriegerichte ein Plan über die Verteilung des Militärs bei Streiks ausgearbeitet sei. Alles, was in den letzten Tagen an Märschen über angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten in der Unternehmerrpresse gestanden hat, hatte der Minister sich sehr lächerlich aufgelegt; er verlas es unter dem Jubelnden Beifall der Rechten, die dadurch den Beweis erbracht sah, daß tatsächlich der Schutz der Arbeitswilligen nicht ausreichte. Was vor zwei Jahren von der Polizei über die Wobiter Unruhen verbreitet und vom Minister im Abgeordnetenhause vorgelesen war, ist ein Kinderpiel gegen das, was er am Montag zum besten gab. Warten wir ab, ob er nicht genau so wie in Wobitz, auch diesmal durch die gerichtlichen Verhandlungen Lügen gestraft wird. Daß er die Ausführungen unseres Genossen Sachse im Reichstage als Ver-

schimpfung bezeichnete, ist nur ein Beweis für das Niveau, auf dem die Rede des Ministers sich bewegte.

Bei der Rede des Abg. Jeditz entwickelte sich folgendes Szenario:

Abg. Jeditz: Erfahrungsgemäß wirkt das Erscheinen des Militärs beruhigend (Zustimmung rechts), weil durch das Erscheinen der Requirierung zu Exzessen und zu Gewalttätigkeiten verhindert wird. Zunächst wollen wir erwarten und verlangen, daß die Regierung die ihr zur Verfügung stehenden Mittel mit vollem Nachdruck anwendet. Dann wird die sozialdemokratische Nachprobe so verlaufen, wie es im Interesse des wirtschaftlichen Friedens erwünscht ist (Gelächter bei den Soz.) und mit einer schweren Niederlage der Sozialdemokraten enden. (Stürmischer Beifall, Lärm und Gelächter der Soz. Als Abg. Freiherr von Jeditz auf seinem Platze angekommen ist, rief Abg. Dr. Liebknecht: Infame Heuchelei!! Es bricht ein Entrüstungsturm aus.)

Präsident Dr. Freiherr v. Giffa: Herr Abg. Liebknecht, ich rufe Sie zur Ordnung. Der Präsident erteilt dem Abg. Dr. Friedberg das Wort.

Abg. Dr. Liebknecht ruft mit noch lauterer Stimme als vorher: Infame Heuchelei! (Der Entrüstungsturm bricht von neuem aus. Die Mitglieder der Rechten sind von ihren Sitzen aufgesprungen und rufen: Raus mit dem Kerl! Raus raus!)

Präsident Dr. Giffa: Herr Abg. Dr. Liebknecht, ich rufe Sie noch einmal zur Ordnung und warne Sie vor dem dritten Male! Nützen Sie mich nicht, von meinen Mitteln Gebrauch zu machen. (Rufe von rechts und den Nationalliberalen: Rufen Sie doch noch einmal!) Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt.

Die Berliner Genossen

und das Stichwahlabkommen.

Berlin, 17. März 1912

Seute fand die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins unter dem Vorsitz des Genossen Eugen Ernst statt; sie war von über 600 Delegierten besucht, und nahm zunächst einen Vortrag des Genossen Dr. Hugo Heinemann über „Neue Fesseln für das Proletariat durch die Strafgesetze“ entgegen.

Eine im Sinne des Referats gehaltenen Resolution wurde einstimmig angenommen. In einer weiteren Resolution entbietet die Versammlung den streikenden Bergleuten warmste Sympathie und brüderliche Solidarität.

Dann wird als Nachfolger des verstorbenen Genossen Leopold Niepmann Genosse Theodor Fischer zum Sekretär des Groß-Berliner Parteivorstandes gewählt. Nach kurzer Debatte wird beschlossen, daß Kartellverhältnis zwischen Berlin und der Provinz Brandenburg aufzuheben.

Hierauf gelangt der Antrag von Niederbarnim zur Beratung, wonach über

das Stichwahlabkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei

das Bedauern ausgesprochen wird, insofern als dadurch unsere Genossen in 16 Kreisen verpflichtet wurden, die Wahl des fortschrittlichen Kandidaten durch Dämpfung des Wahlkampfes zu sichern.

Den Antrag begründete Genosse Wilhelm Niederbarnim: Der letzte Wahlkampf hat unser Waffenarsenal um den gedämpften Wahlkampf bereichert, militärisch ausgedrückt, um den Kampf mit gedämpften Trommelschlag. (Heiterkeit.) Ich hätte gewünscht, daß wir diese Verleugung nicht bekommen hätten. Das schlimmste ist, daß wir auch nach den Stichwahlen von diesen Dingen so gut wie nichts erfahren haben. Vor allem der „Vorwärts“ hat sich bisher über das Abkommen vollständig ausgesprochen. Wenn von der Seite, die das Abkommen abgeschlossen hat, darauf verwiesen wird, daß von den Parteigenossen so wenig Kritik an ihnen geübt worden ist, so ist der Hauptgrund dafür, daß die Mehrheit der Parteigenossen gar nicht wußte, um was es sich eigentlich gehandelt hat. Die Wahrheit der deutschen Parteigenossen ist der Meinung, daß wir Stichwahlabkommen abschließen dürfen. Aber es kommt doch auch auf die Bedingungen an. (Sehr richtig!) Man sagt, die politische Situation habe das Abkommen geboten. Ich bezweifle sehr, ob die politische Situation auch die Form, in der es schließlich abgeschlossen wurde, notwendig gemacht hat. Wir haben uns auf Grund dieses Abkommens verpflichten müssen, in 16 genau bezeichneten Wahlkreisen vor der Stichwahl keine Versammlungen mehr abzuhalten, keine Stimmzettel mehr zu verbreiten, am Wahltag keine Schlepptenien zu leisten; dagegen stand es uns frei, vor dem Wahllokal Stimmzettel zu verbreiten. Am Ende hätte man auch dieses vom Freisinn allernächst gestattete Mittel noch verweigern sollen! Aber man befehlte wohl eine Revolte unter den Parteigenossen für diesen Fall. Die Wirkungen dieses Abkommens auf die Parteigenossen sollte man nicht unterschätzen. Ich denke da nicht nur an die Wirkung auf unsere Parteigenossen in den 16 Wahlkreisen, die entgegen der

Dämpfungspartei des Parteivorstandes

dafür gestraft haben, daß trotzdem unsere Stimmen bei der Stichwahl zugenommen haben. Die Parteigenossen haben also auf die Vorstandspartei einfach keine Rücksicht genommen. Ich denke auch an die Wirkung des Abkommens in den weitesten Parteikreisen, die die Dämpfung einfach nicht verstehen. Selbst die „Schwäbische Tagwacht“ hat sich gegen das Abkommen ausgesprochen. Aber weiter (Schlußruf) es ist sehr bedauerlich, wenn heute diese Fragen nicht eingehend besprochen werden sollten. Unser Antrag enthält nichts Verleidendes und ich bitte daher um seine einstimmige Annahme. (Beifall und Widerspruch.)

Für den Parteivorstand ergriß Genosse Otto Braun das Wort: Zum ersten Male nimmt ein Vertreter des Parteivorstandes zu dieser Frage öffentliche Stellung. Der Parteivorstand war sich der schweren Verantwortung wohl bewußt, aber er mit dem Abkommen auf sich nahm. Er war aber einmütig der Ansicht, daß er im Interesse der gesamten Partei so handeln mußte, wie er gehandelt hat. Der Reichstagswahlkampf wurde geführt, um den Schwarzblauen Block zu zerstören. Alle Wähler, die ihre Stimmen für die Sozialdemokratie und für die Liberalen abgegeben hatten, hatten dieses Ziel vor Augen. Bei der Hauptwahl ist es nicht gelungen, dieses Ziel zu erreichen. Nun hat Genossin Rosa Luxemburg in ihren Artikeln in der Leipziger „Volkswacht“ behauptet, daß die Fortschrittliche Volkspartei bei der Hauptwahl vollständig vernichtet worden sei. Gewiß, sie hat kein Mandat erhalten. Aber man kann eine Partei, die 1/3 Millionen Stimmen aufgebracht und nur infolge der ungerechten Wahlkreisverteilung kein Mandat erobert hat, doch nicht als politische Null betrachten. Dazu kommt, daß die Fortschrittliche Volkspartei um 300.000 Stimmen zugenommen hatte, prozentual dieselbe Zunahme, die wir hatten. Die schwarzblaue Mehrheit war also nicht besessigt und ein Blick auf das Stichwahltableau zeigt, daß die Möglichkeit vorlag, im zweiten Wahlgang dieses Ziel zu erreichen. Es brauchten nur die Parteigenossen, die im Gegensatz zum schwarzblauen Block standen, gemeinsam zu operieren. Der Jenaer Parteitag hatte unsere Stichwahlbedingungen festgelegt und mehrfach ist jetzt gesagt worden, daß man sich mit der Verpflichtung der Stichwahlkandidaten auf diese Bedingungen nicht bisher ohne Gegenleistung

hätte genügen sollen. Der Parteivorstand hätte aber nicht die...
hätte genügen sollen. Der Parteivorstand hätte aber nicht die...
hätte genügen sollen. Der Parteivorstand hätte aber nicht die...

Verträglichkeit des schwarzblauen Blocks

zu erreichen. Zuerst erklärten die Fortschrittler, daß nach ihrem...
zu erreichen. Zuerst erklärten die Fortschrittler, daß nach ihrem...
zu erreichen. Zuerst erklärten die Fortschrittler, daß nach ihrem...

Starke Zumutung an die Disziplin

unser Parteigenossen war und wir haben ehe wir die Verhandlungen...
unser Parteigenossen war und wir haben ehe wir die Verhandlungen...
unser Parteigenossen war und wir haben ehe wir die Verhandlungen...

Zu den Antisemitismen gehen

(Sehr richtig!) Der Parteivorstand soll gegen die Prinzipien...
(Sehr richtig!) Der Parteivorstand soll gegen die Prinzipien...
(Sehr richtig!) Der Parteivorstand soll gegen die Prinzipien...

Winterher ist man immer ärger

Aber von einem totalen Scheitern des Abkommens, kann man...
Aber von einem totalen Scheitern des Abkommens, kann man...
Aber von einem totalen Scheitern des Abkommens, kann man...

erreichen und den Gegensatz zwischen der bürgerlichen Linken...
erreichen und den Gegensatz zwischen der bürgerlichen Linken...
erreichen und den Gegensatz zwischen der bürgerlichen Linken...

Der Parteivorstand schreibt uns:

Der Zentralkomitee der Fortschrittlichen Volkspartei hat am...
Der Zentralkomitee der Fortschrittlichen Volkspartei hat am...
Der Zentralkomitee der Fortschrittlichen Volkspartei hat am...

Abgeordneter Klünder ... konstatierte ... daß die...
Abgeordneter Klünder ... konstatierte ... daß die...
Abgeordneter Klünder ... konstatierte ... daß die...

Jedem aufmerksamem Leser werden die diplomatischen...
Jedem aufmerksamem Leser werden die diplomatischen...
Jedem aufmerksamem Leser werden die diplomatischen...

Parteiangelegenheiten.

Paul Stumpf.

Der älteste Mainzer Parteigenosse, ist nach kurzem Krankenlager...
Der älteste Mainzer Parteigenosse, ist nach kurzem Krankenlager...
Der älteste Mainzer Parteigenosse, ist nach kurzem Krankenlager...

Fortschritte der Parteipresse. Die Reichstagswahlen...
Fortschritte der Parteipresse. Die Reichstagswahlen...
Fortschritte der Parteipresse. Die Reichstagswahlen...

Sozialistische Blindenliteratur. Von der „Neuen Zeit“...
Sozialistische Blindenliteratur. Von der „Neuen Zeit“...
Sozialistische Blindenliteratur. Von der „Neuen Zeit“...

Arbeiterbewegung.

Die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter

Was im Januar nach der vom Bauarbeiterverband vorgenom...
Was im Januar nach der vom Bauarbeiterverband vorgenom...
Was im Januar nach der vom Bauarbeiterverband vorgenom...

neten der bereits fertigen Gebäude ausgeführt wird. Auch nach...
neten der bereits fertigen Gebäude ausgeführt wird. Auch nach...
neten der bereits fertigen Gebäude ausgeführt wird...

Briefkasten

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.
Sprechstunden der Redaktion Donnerstags von 12-1 Uhr Mittags.
W. S. M. Die Eltern der verstorbenen Mutter, nicht der...
F. S. Die Vermittlungsgebühren haben Sie in diesem...
P. S. Ein Teil der Abfindung kann für den...
M. S. Die Höhe der Miete kommt es...
S. S. 1. Wer eine Invaldenrente haben will, muß 200...
2. Weniger als 200 Wochen übernommen werden. 2. Wenn...
3. Die Versicherungsbeiträge sind abzugsfähig die Rollen für...
4. Wenn...

Preisliste der rüblichen Markt-Notierungen-Kommission.	
Breslau, den 16. März.	
Preis pro 100 Kilogramm	
Brot	
Weizen, weißer neu	
Weizen, gelber neu	
Roggen	
Hafer	
Gerste	
Mais	
Hirse	
Kartoffeln	
Zucker	
Kaffee	
Schokolade	
Kakao	
Nüsse	
Korn	
Fleisch	
Fisch	
Eier	
Milch	
Butter	
Öl	
Essig	
Wein	
Bier	
Spiritus	
Schwefel	
Natrium	
Kalium	
Ammonium	
Magnesium	
Zink	
Eisen	
Kupfer	
Zinn	
Blei	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	
Chrom	
Molybdän	
Vanadium	
Niob	
Tantal	
Zirconium	
Hafnium	
Ruthenium	
Rhodium	
Palladium	
Silber	
Gold	
Platin	
Iridium	
Rhodium	
Osmium	
Cadmium	
Antimon	
Arsen	
Selen	
Tellur	
Bismut	
Cobalt	
Nickel	
Mangan	